

new
critique

Zeitschrift

FÜR WIR KUNDE

Vol. I - Universität im Kapitalismus

IMPRESSUM

New Critique – Zeitschrift für & wider (Vol. 1)
Verein New Critique im Januar 2021
Von-Melle-Park 5, 20146 Hamburg
Layout: Marie Forster

TWITTER @NC_UHH
INSTA @NC_UHH
MAIL NEW.CRITIQUE@ASTA.UNI-HAMBURG.DE
WEB WWW.NC-UHH.DE
FOTOS DAVID KOWALSKI, CHATEAUNEUFSTRASSE 9, 20535 HAMBURG
INSTA: HAMBURGERSTADTANSICHTEN

Liebe Leser:innen,
ihr haltet die erste Ausgabe der gesellschaftskritischen Studierendenzeitschrift »New Critique – Zeitschrift für und wider« in den Händen. Wir möchten an dieser Stelle einige Worte über dieses neue Zeitschriftenprojekt verlieren und in den Schwerpunkt dieser Ausgabe einführen.

Die New Critique ist eine Zeitschrift Für & Wider — für eine konsequente Kritik der bestehenden gesellschaftlichen Zustände und wider den reaktionären Schwachsinn.

Der Name »New Critique« versteht sich als Hommage an die „neue kritik“, die Theoriezeitschrift des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds (SDS), welche dieser 1960 bis 1970 herausbrachte. Ähnlich wie der SDS zu Zeiten der Studierendenbewegung haben wir das Ziel, theoretischen und praktischen Debatten in der Studierendenschaft Raum zu geben und Gehör zu verschaffen. Die Zustände, die uns als Studierenden an der Universität entgegenreten, bilden hierbei einen der Schwerpunkte unserer Publikations-tätigkeit.

Das Kürzel unserer Zeitung – „NC“ – verweist zugleich auf universitäre Verhältnisse, die wir kritisieren: Der NC als „Numerus Clausus“ schließt systematisch unzählige Studienbewerber:innen, insbesondere aus unteren sozialen Schichten, vom Zugang zu Bildung und Wissenschaft aus. Einen universitären Betrieb, der gegenwärtig also nicht vernünftig eingerichtet ist und dennoch einen wissenschaftlichen Selbstanspruch hat, nehmen wir als Ausgangspunkt für umfassende Gesellschaftskritik.

Die erste Ausgabe beschäftigt sich mit der Universität im Kapitalismus. Die Festlegung auf dieses Thema erfolgte unter anderem, weil es uns wichtig erscheint, den gesellschaftlichen Ort, an dem wir die meiste Zeit unseres Studiums verbringen, näher zu bestimmen. Alle Artikel, manche mehr, andere minder, beschäftigen sich demnach mit der Frage was es mit der Universität macht, wenn sie in einer kapitalistischen Gesellschaft existieren muss. Mit dieser Ausgabe wird der Versuch unternommen, der falschen Einschätzung der Universitäten als losgelöste, kritische Sphären der Wissenschaft entgegenzuwirken und durch die richtigen Charakterisierung der Hochschulen als Ausbildungs- und Forschungsobjekte des Kapitals Aufklärung darüber zu leisten, wo das revolutionäre Moment tatsächlich bestehen könnte — zumindest aber, wo es nicht besteht: nämlich in den universitären Institutionen selbst.

Eingestiegen wird mit einem Artikel zur Analyse des studentischen Bewusstseins, welcher sich das Selbstverständnis von Studierenden anschaut und dieses, entgegen ihrer eigenen Wahrnehmung, weder als kritisch noch als emanzipiert bewertet. Weiter geht es mit einem Beitrag über die soziale Lage der Studierenden während der Corona-Pandemie. Anschließend folgt eine genaue Untersuchung der Universität des Kapitals und es wird das Urteil gefällt, dass die Hochschulen im Kapitalismus nicht der Wissenschaft, sondern dem Profit verschrieben sind. Im Artikel „Von der Nutzenmaximierung.

Einspruch gegen das Dogma der Wirtschaftswissenschaften“ wird argumentiert, inwiefern die Bemühungen der Universitäten des Kapitals, die bestehende politische Ökonomie zu analysieren und zu rechtfertigen, scheitern. Dann wird der Sexismus an der Hochschule thematisiert und es wird erklärt, warum das Patriarchat nicht vor dem Kapitalismus abgeschafft werden kann. Im Anschluss folgt ein Interview mit der Initiative „TV Stud“. Über die institutionelle Entwicklung der Gender Studies in Hamburg sowie aktuellen Antifeminismus und Widerstand dagegen berichtet das AStA-Referat für Antidiskriminierung in seinem Beitrag. Darauf folgt eine Kritik des hegemonialen Queerfeminismus, welche die Identitätspolitik als Problem für effektiven gesellschaftlichen Wandel identifiziert. Fridays For Future Hamburg thematisieren in ihrem Artikel, wo Praxis gegen die Klimakrise sinnvollerweise ansetzen sollte und wo besser nicht. Dann folgt ein geologischer Exkurs, welcher sich die verschiedenen naturwissenschaftlichen Lösungsansätze der Klimakrise anschaut. Abgeschlossen wird das Thema Universität im Kapitalismus mit einem Artikel zu dem Potential der Studierenden: Ihrer Chance, sich entweder in ihn zu integrieren oder sich aus ihm heraus zu revolutionieren. Abseits des Hauptthemas widmen sich Tosca und Anton auf den letzten Seiten einem Klassiker der Popkultur in dem ersten Text der Kolumne „Arbeit & Kultur“.

Die Redaktion der New Critique versteht sich als heterogene Gruppe, welche sich aus verschiedenen Denkschulen zusammengefunden hat, um in ihrem Konsens der Kapitalismuskritik gemeinsam über die bestehenden ökonomischen und gesellschaftlichen Zustände aufzuklären.

Herausgegeben wird »New Critique« vom AStA der Universität Hamburg. Einige der Autor:innen sind Mitglieder des AStAs, andere nicht. Die Artikel geben im Zweifelsfall nicht die Meinung der gesamten Redaktion und/oder des AStAs wieder.

Wir wünschen euch viel Spaß beim Lesen!

Die Redaktion

PS: Wenn ihr Fragen, Kritik, Anregungen oder Lob an uns richten wollt, dann schreibt uns doch gern eine Mail oder kontaktiert uns über die sozialen Medien!

Zeitschrift für & wider
Zeitschrift für & wider
Zeitschrift für & wider
Zeitschrift für & wider

1 STUDENTISCHES
BEWUSSTSEIN IM
NEOLIBERALISMUS

19 NUTZENMAXIMIERUNG?
KRITIK DER WIRT-
SCHAFTSWISSEN-
SCHAFTEN

33 GENDER STUDIES
IN HAMBURG

41 GEOLOGISCHER
EXKURS ZUM
KLIMAWANDEL

5 ARBEITSLOS UND
ASYNCHRON.
STUDIERENDE IN
DER PANDEMIE

24 SEXISMUS AN DER
HOCHSCHULE & WARUM
ER NICHT WEGGEHT

36 KRITIK AM HEGEMO-
NIALEN QUEER-
FEMINISMUS

43 STUDIERENDE &
GESELLSCHAFT
INTEGRATION ODER
REVOLUTION?

8 DIE UNIVERSITÄT
DES KAPITALS

30 INTERVIEW MIT
„TV STUD“

39 MIT FLUGSCHAM &
VEGANISMUS ZUR
KLIMARETTUNG?

47 KOLUMNE:
ARBEIT & KULTUR

FLEXIBILISIEREN GEHT ÜBER STUDIEREN

Valentin Jähn

DAS ENTSTEHEN STUDENTISCHEN BEWUSSTSEINS IM NEOLIBERALISMUS

„Die Gesellschaft muss nicht reformiert werden, damit es eine bessere Universität gibt. Denn darüber sind wir völlig klar: die Universität ist ein Mittel.“, antwortete Max Horkheimer in einem Dokumentarfilm von 1969 auf die Frage nach der Notwendigkeit einer „besseren“ Universität zur Ausbildung derer, die die Gesellschaft reformieren sollten. Die Studierenden der 68er-Bewegung hatten mit der Reformierung der Gesellschaft ein klares Ziel und wähten sich im Besitz eines „richtigen“ Bewusstseins ihrer eigenen Rolle: sie wollten es sein, die die Theorie(n) aus den Hörsälen in die Praxis umsetzten und die Gesellschaft liberalisieren. Kleinere Erfolge sind über 50 Jahre nach `68 zu verbuchen: die Frauenbewegungen, die in den 70er Jahren nach den ersten gesellschaftlichen Liberalisierungen entstand, konnte wichtige Fortschritte zur Befreiung der Frau machen, als abgeschlossen kann jedoch keines der Ziele der `68er betrachtet werden – die Welt ist nach wie vor falsch eingerichtet.

Und so sind es auch die Universitäten. Als in Gesellschaft eingebundenes „Mittel“, reproduziert die Universität deren Ideologien und Sozialcharaktere. Die Universität hat im Kapitalismus ihren Platz als Ausbildungsstätte der Bessersituierten, als Teil kapitalistischer Verwertung ausgefüllt, wie an anderen Stellen in dieser Ausgabe gezeigt wird. Hatten die Studierenden der `68er-Bewegung vermeintlich ein Bewusstsein ihrer selbst¹, scheinen die Studierenden von heute gar keinen gesellschaftskritischen Anspruch mehr zu haben. In den Universitäten sind die Studierenden Objekte, Gegenstand kapitalistischer Zurichtung für den Arbeitsmarkt, lediglich Konsument_innen von mundgerecht vorgefertigten Lehrinhalten, die es zu gegebenem Zeitpunkt wieder hochzuwürgen gilt. Die kritische Lehre von Gesellschaft findet an den Hochschulen keinen Platz, daher müssen die Studierenden auch nicht lernen, zu reflektieren. Das Mittel der Wahl ist die Klausur. Das bloße Wiederholen von angelesenen, aufgesogenen, sich gegen jede Lust in den Schädel gezimmerten Inhalten zum vorgegebenen Zeitpunkt, ist symptomatisch für die neoliberale Universität². Ebenso lässt die Klausur erkennen, wie die Uni ihre Objekte gewaltvoll auf den häufig beschworenen „Ernst des Lebens“ zurichtet. Auch schon in der Schule schwingt die direkte Konkurrenz unter den Schreibenden mit, Punkte und Noten winken als Medaillen, aber drohen gleichzeitig den anvisierten Notendurchschnitt, welcher einmal über den Rest des Lebens bestimmen wird, zu versauen. Und so tritt das neoliberale Dogma des eigenverantwortlichen Individuums auf: „Du bist deines eigenen Glückes Schmied_in“ heißt eben auch, wenn Du versagst, bist Du selbst schuld. Die Studierenden bekommen in der Klausur nicht bloß erneut die ständige Konkurrenz mit ihren Leidensgenoss_innen vorgeführt, sondern internalisieren im besten Falle ganz nebenbei weiterhin ihre Eigenverantwortlichkeit über Bestehen und Nicht-Bestehen.

Wie groß der Zwang der Universität, dem die Studierenden sich beugen und jegliche kritische und generell politische Positionierung fahren lassen, zeigt ein Beispiel an der Exzellenzuni Hamburg. Zum Wintersemester wurde Bernd Lucke als Professor

„Das Ich nimmt den ganzen Menschen als seine Apparatur bewußt in den Dienst. Bei dieser Umorganisation gibt das Ich als Betriebsleiter so viel von sich an das Ich als Betriebsmittel ab, daß es ganz abstrakt, bloßer Bezugspunkt wird:

Selbsterhaltung verliert ihr Selbst.“

(Adorno 1951, Minima Moralia 147)

für Makroökonomie an die Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften berufen. Ein alter Bekannter. Der Uni Hamburg ein alter Bekannter, da er hier noch bis 2014 lehrte, den meisten ein alter Bekannter aus der deutschen Politik. Als ehemaliges CDU-Mitglied gründete der Herr Professor im Jahre 2013 aus Frust über zu liberale Positionen der CDU die Alternative für Deutschland (AfD). Damals galt diese als „Anti-Euro-Partei“, damals schon ein Euphemismus, denn ihre wirtschafts- wie migrationspolitischen Positionen waren auch schon zur Gründung ultrakonservative. Nachdem also diese politische Heimat für Nazis aller Couleur gegründet war und diese mehr und mehr das Sagen in der Partei übernahmen, wurde es Lucke zu viel, er trat aus, gründete seine neue eigene Partei (deren Name, „Bernd Lucke und die liberal-konservativen Reformer“, anmutet wie die Coverband einiger Männer in ihrer Midlife Crisis) und ging zurück in die Lehre. Zum Missfallen einiger (weniger) Studierender. Gegen die Antrittsvorlesung Luckes formierte sich Protest, Uni und Presse fantasierten von „undemokratischen“ oder „Nazi-Methoden“, nichts davon war neu. Das Verhalten der Studierenden des Herrn Luckes spricht jedoch Bände über ihr Bewusstsein. Sie verurteilten den Protest ihrer Kommiliton_innen, fühlten sich in ihrer Vorlesung beraubt. Und können wir ihnen das übel nehmen? Ja. Wo dem Mitverantwortlichen für eine der größten Organisationsmöglichkeiten für Nazis seit Gründung der CDU und FDP eine Bühne geboten wird, muss sich Protest formieren. Verstehen wir sie dennoch? Ja, auch das. Denn die Uni diktiert es ihnen. Sie haben ihre Scheine zu machen, ob da vorne nun der Gründer einer Nazi-Partei steht, oder nicht. Auch wenn gerne behauptet würde, die Uni sei kein Platz für Politik, ist sie das natürlich. Das Beispiel Professor Luckes und des fehlenden Bewusstseins seiner Studierenden für die Notwendigkeit der Kritik an seiner Person, macht dies deutlich.

Die Angebote gesellschaftlicher Kritik sind aus dem Großteil der Lehrpläne verschwunden, sind sie doch den engsten Kooperationspartnerinnen der Universitäten, Politik und Wirtschaft, ein Dorn im Auge. Wer dennoch im Studium auf die Kritik gesellschaftlicher Missstände aus ist, findet die Möglichkeit hierzu zumeist nur in der studentischen Selbstverwaltung. „Autonome Seminare“ oder „Gesellschaftskritische Tutorien“, etc., bieten Studierenden die Möglichkeit, eigene Lehrinhalte anzubieten und diese abseits des Curriculums wahrzunehmen. Sie anzubieten und zu besuchen ist wichtig, ohne Frage, bedeutet jedoch Selbstausbeutung und zeitlichen Mehraufwand neben dem meist eh schon anspruchsvollen und zeitintensiven Studium; Creditpoints, den Belohnungen für emsige Studierende, sieht man für sie nicht.

Der Anspruch einer Universität, die sich als perfektes Puzzleteil in eine neoliberal-kapitalistische Gesellschaft einfügt, findet sich in der Organisation des Studiums auch neben den Inhalten einer bestimmten Fachrichtung. Nicht selten stellt die Universität, großherzig wie sie ist, Angebote abseits des eigentlichen Studiums - nicht, dass den armen Studierenden noch langweilig wird! Die universitär organisierte



Freizeitgestaltung reicht vom uni-eigenen Fitness-Studio über Sprachkurse bis hin zu Workshops zum richtigen Schreiben, Lesen, Arbeiten und Entspannen. Was für die eine oder den anderen nach dem studentischen Traum von extracurricularen Aktivitäten erscheinen mag, entpuppt sich auf den zweiten Blick schon schnell als Teil neoliberaler Gesellschaft: Nicht nur, dass diese nicht mit dem Studium verwandten Seminare von einigen Universitäten unter dem dümmlich daherkommenden Namen „Schlüsselkompetenzen“ (der Schlüssel wozu? Dem Arbeitsmarkt? Dem perfekten Selbst?) verpflichtend vorausgesetzt werden, sind derlei Seminare das universitäre Äquivalent zu Fortbildungen mit dem Zweck der Selbstoptimierung. „Der richtige Umgang mit Prüfungsstress“, häufig angebotener und sicherlich genauso häufig genutzter Workshop, mag hilfreich sein, verschiebt allerdings Verantwortlichkeiten: wer am Druck des immensen Lernpensums zu zerbrechen droht, ist selbst schuld, - Hilfe wäre ja da. Diese perfide Verkehrung der Realität — so ist es doch offensichtlich die Universität, welche den Stress und das Leiden der Studierenden verursacht — ist neoliberaler Usus. Wie auch auf dem Arbeitsmarkt verlangt die Universität schon ihren Besucher_innen ständige Flexibilität ab, die wiederum bei den Einzelnen in eine internalisierte Bereitschaft zur Optimierung des Selbst umschlägt. „Be the best version of yourself“, sagt der Neoliberalismus und erwartet von der Uni, wie auch allen anderen Zurichtungsanstalten, neue Arbeitskräfte hervorzubringen. Am Ende der Regelstudienzeit – wehe denen, die sie überschreiten! – stehen, mit dem Soziologen Johannes Gruber gesprochen, „flexible Sozialcharaktere“ für einen „flexiblen Kapitalismus“, optimierungswillige und arbeitswütige Fachkräfte für den Standort Deutschland bereit. Und da haben wir es doch, das neue studentische Bewusstsein.



„Allgemein ist das Individuum nicht bloß das biologische Substrat, sondern zugleich die Reflexionsform des gesellschaftlichen Prozess, und sein Bewusstsein von sich als einem an sich Seienden jener Schein, dessen es zur Leistungssteigerung bedarf, während der Individuierte in der modernen Wirtschaft als bloßer Agent des Wertgesetz fungiert.“

(Adorno 1951, Minima Moralia 147)

- 1 Ein Blick auf den Werdegang einiger Antiautoritärer der `68-Bewegung, wie Rainer Langhans, Freund verschiedenster Querfrontler_innen und Antisemit_innen, widerlegt erstere Annahme schnell
- 2 „Neoliberal“ meint hier mehr als eine bloße Art zu wirtschaften, mehr als die Ökonomie der „Chicago Boys“, Friedrich August von Hayek u.a. Als Reaktion auf die wirtschaftliche Krise der 50er/60er Jahre, setzte sich der Neoliberalismus nicht nur als Ökonomie durch, er wurde zur Ideologie. Diese setzt auf einen Individualismus, der den Einzelnen Verantwortung an Erfolg und Scheitern ihres Lebens und ihnen daher predigt stets sich selbst zu optimieren, um flexibel für Staat und Kapital zur Verfügung zu stehen. (Bei diesem Abriss kann es sich im Rahmen des Artikels nur um eine verkürzte Definition handeln)

ARBEITSLOS UND ASYNCHRON

Tosca

DIE SOZIALE LAGE DER STUDIERENDEN IN ZEITEN VON CORONA

Über die prekäre Lage von Studierenden in Zeiten der Corona-Pandemie haben schon viele Zeitungen etliche Beiträge veröffentlicht. Man könnte meinen, es wurde alles gesagt, was es dazu zu sagen gibt. Nichtsdestotrotz folgt hier der Versuch, zumindest einige Erkenntnisse und Beobachtungen über die soziale Lage der Studierenden sinnvoll zu bündeln, zu ergänzen und anekdotisch auszumalen.

Erstens verschlechtert sich die finanzielle Lage vieler Studierender: Sie sind vom Wegfallen unzähliger Jobs betroffen, besonders in der Gastronomie und in der Veranstaltungsbranche. Die Überbrückungshilfen, die von Juli bis September gezahlt wurden, fielen oft zu gering aus und kamen zu spät. Verschuldung durch die angebotenen mickrigen Darlehen stellt für viele Studierende verständlicherweise keine attraktive Option dar. Hinzukommt, dass durch ein Corona-bedingt verlängertes Studium für viele auch die Förderung durch das Bafög-Amt drohte wegzufallen. Ausnahmeregelungen wurden in Hamburg anfangs zwar eingeführt, griffen aber faktisch kaum. Mittlerweile wurde die Regelstudienzeit hier kurzfristig um ein Semester verlängert, was zumindest für die nächsten sechs Monate Planungssicherheit gibt. Arbeitslosengeld ist für die meisten Studierenden ebenfalls keine Option, da man vorher Sozialversicherungsbeiträge hätte einzahlen müssen. Für ALG II muss man wiederum in Teilzeit studieren. Wenn die Eltern auch wenig Geld haben, während der Pandemie ihre Arbeit verloren haben oder wegen Kurzarbeitergeld mit weniger auskommen müssen, fällt für Studierende eine weitere finanzielle Stütze weg. Gleichzeitig bleiben die Lebenshaltungskosten genauso hoch wie zuvor oder steigen sogar an. In Großstädten wie Hamburg ist besonders die Miete der Kostenpunkt, der am meisten Sorge und die größten Probleme bereitet: Laut einer Online-Umfrage von einer Forschungsgruppe der Universität Hildesheim unter Studierenden gaben 39 Prozent an, bei ihren Eltern zu wohnen. In den Jahren vor der Pandemie war es lediglich jede:r Fünfte. Auch die WG-Suche ist in der Virenlandschaft nicht einfacher geworden. Für Kommiliton:innen in deprimierenden ZwangswGs ist das keine gute Nachricht. Denn solange nur wenige Tische in den Bibliotheken zur Verfügung stehen und Stabi-Sitzplätze gebunkert werden, bleibt das eigene Zimmer der einzige Platz zum Arbeiten. Fluchtmöglichkeiten aus den WGs gibt es nur wenige. Durch die Schließung studentischer Freiräume und das Wegfallen anderer vom Konsumzwang befreiter Räume, in denen man keine 3,50 Euro für einen Kaffee bezahlen muss, um bleiben zu können, stehen nicht mal mehr Orte für kurzweiligen Eskapismus, zum Rumhängen oder Kiffen zur Verfügung.

Zweitens verschärfen Krisen soziale Ungleichheiten, auch und gerade an Universitäten, deren Funktion auch immer Selektion und Elitenbildung ist. Im Ausnahmezustand werden nicht alle Gruppen gleich mitgedacht: Arbeiter:innenkinder haben tendenziell weniger private finanzielle Absicherungsnetze und sind daher stärker von genannten finanziellen Problemen betroffen; Für Studierende mit Kind ist das Home-Office in Zeiten von Schulschließung ein schlechter Witz; Studierende mit Behinderungen sind in vielen Onlinelehrformaten nicht mitgedacht¹.

Über Nachteilsausgleiche wurde bisher unzureichend bis gar nicht diskutiert.

Drittens: Das Home-Office bedeutet, dass das Studieren einsamer wird. Hinzu kommt, dass die Entgrenzung von Arbeitszeiten, die man im Studium sowieso schon hatte, eine neue Dimension erreicht, wenn die räumliche Trennung gänzlich wegfällt: Das Schlafzimmer ist das Esszimmer ist das Arbeitszimmer. Existenznot, Angst vor Ansteckung mit Corona und Angst um Familie und Freund:innen können hinzukommen. Dieser psychische Druck kann sehr belasten und den Alltag einschränken. Eine Studentin schrieb in einem Erfahrungsbericht für das online Cornarchiv, wie schwer ihr auch aufgrund ihres ADHS das selbstständige Organisieren und Arbeiten fiel und darüber, wie sie, auf die Ergebnisse ihrer Module wartend, weinend vor ihrem Laptop saß, weil sie nicht wusste, wie lang sie sich das Studium noch leisten kann. Beispiele wie dieses zeigen, dass psychischen Belastungen für viele Studierenden zunehmen, zeitgleich sinken aber die Hilfsangebote für eben jene Fälle. So ist die Versorgung für psychische Problemlagen derzeit häufig heruntergefahren oder zumindest unzugänglicher und hochschwelliger. Die psychologische Beratung des AStAs ist gerade beispielsweise meist nur per Mail zu erreichen.

Viertens: An dieser Stelle noch ein paar Worte über die inhaltliche Entwicklung des Studiums während der Pandemie: Wie gut sich das Studium inhaltlich gestalten lässt, hängt naturgemäß stark von Fakultät und Fachrichtung ab. Während für Chemiker:innen und Geolog:innen das größte Problem ist, nicht in die Labore zu kommen, fehlt es den Studierenden der Geistes- und Sozialwissenschaften an anderer Stelle. Für letztere stellt insbesondere die Bücherbeschaffung ein Problem dar, da Recherchemöglichkeiten in sonst zugänglichen Institutionen wie dem Hamburger Institut für Sozialforschung wegefallen. Zwar haben die meisten (Uni-)Bibliotheken noch bzw. wieder mit Beschränkungen geöffnet, aber wer möchte schon ohne sonstigen Grund an den (schon vor der Pandemie) trostlosen Überseeern fahren? Und so kauft man sich, von den letzten paar Kröten, dann halt doch noch diesen einen superwichtigen Sammelband für die Hausarbeit. Darüber hinaus reduziert die Lehre im Ausnahmezustand das Studieren zurzeit auf seinen Kern; ein Super Mario-„Jump ‘n’ Run“-Spiel, bei dem es im Grunde nur darum geht anderen Leuten auf den Kopf zu springen und möglichst viele Punkte zu sammeln; eine Dienstleistungsmaschine, die möglichst schnell möglichst viele gut angepasste Arbeitskräfte auf den Markt spuckt. Das bemerkt man in den Lehrveranstaltungen: Die meisten Seminare (zumindest in den Geisteswissenschaften) waren vergangenes Semester in Teilen asynchron organisiert. Es mussten wöchentlich „Hausaufgaben“ erledigt werden. Freies und eigenständiges Arbeiten und Recherchieren hatte in dieser Organisationsform wenig Platz. Auch die kritischen Diskussionen mit Kommiliton:innen fehlte. Weiterführende Literatur zu lesen oder interessengeleitet Themen zu vertiefen, dazu blieb unter diesen Umständen kaum noch Zeit. Wenige Ausnahmen von Dozierenden, die sich aktiv darüber Gedanken gemacht haben, wie ein niedrigschwelliger Austausch unter erschwerten Bedingungen stattfinden kann, gab es selbstredend auch.



Da die Studierendenschaft sehr heterogen zusammengesetzt ist, blieben hier viele Erfahrungen sicherlich außen vor. Auch die tragische Absurdität, welche die Corona-bedingten, beschissenen studentischen Lebenssituationen zeitweise annahmen, lässt sich kaum erfassen: Meine Mitbewohnerin zahlte zum Beispiel im Sommer während ihres Erasmus-Semesters doppelt Miete, weil sie übereilt nach Deutschland zurückkehren musste. Anschließend überlegte sie, um persönliche Gegenstände zurückzuholen, mit dem Kreuzfahrtschiff nach Oslo zu fahren, weil alle anderen Wege gesperrt waren. Trotz allem scheint das Studieren derzeit im Vergleich zum Arbeitsmarkt attraktiver denn je. (Oder ist das gewünschte Gap Year in Australien schlicht nicht umsetzbar?) Die Bewerbungen für das Wintersemester 2020 sind im Vergleich zum letzten Jahr explodiert. Mit 31.285 Bewerbungen auf rund 5.780 Bachelor-Studienplätze wollten fast 6 % mehr Leute in Hamburg studieren als im Vorjahr. Man kann nur hoffen, dass unter den neuen Erstsemestler:innen ein paar Riot-bereite Leute sind. Denn solange wir uns als Studierende nicht organisieren und rumstressen, wird es nicht besser.

- 1 Ausführlich hat Andrea vom teilautonomen AStA-Referat für behinderte und chronisch kranke Studierende (RBCS) die Lage der Studierenden mit Behinderung in einem Beitrag für die Programmzeitschrift des Radiosenders FSK besprochen. Vgl. <https://www.fsk-hh.org/files/tm080920.pdf> S. 7 ff

Falls ihr von den Gemeinden des Bafög-Amtes betroffen seid, ihr Informationen zum Wohngeldantrag braucht oder euch andere Probleme Kopfzerbrechen bereiten, sei nochmal auf die verschiedenen Angebote verwiesen, die es seitens des AStAs gibt:

Beratungen

- Studien-, Rechts- und Sozialberatung
- BAföG-Beratung
- Beratung zu studentischen Steuerfragen
- Arbeitsrechtsberatung
- Psychologische Beratung von Studierenden für Studierende
- Studieren mit Kind
- Beratung des Referates für behinderte und chronisch kranke Studierende (RBCS)
- Beratung für internationale Studierende
- Beratungen des Alle Frauen* Referates
- Beratung zum Semesterticket Härtefallfonds

Erreichbarkeit und Mailadressen finden sich auf der Homepage:

www.asta.uni-hamburg.de/2-beratungsangebot.html

DIE UNIVERSITÄT DES KAPITALS

Armin Mandelzweig

ÜBER DIE FRAGE, WEM UNIVERSITÄTEN DIENEN

I. „Wissenschaft im Dienst des Menschen“?

Sicher, hohe Ideale hegen längst nicht alle Studierenden über die Stätte ihres Studiums. Viele sehen in der Universität vorrangig einen Ort, an dem man sich durch Prüfungen quält, um am Ende – wenn man Glück hat – mehr Geld zu verdienen als der (nicht-studierte) Rest der Gesellschaft. Auf die gesellschaftliche Dimension von Universitäten angesprochen, fällt oft das Argument, dass Forschung eben „wichtig für unsere Wirtschaft“ sei. Ausbildungsstätte für den Arbeitsmarkt und Standortfaktor für die Wirtschaft – so ließe sich dieses Verständnis von Universität ungefähr zusammenfassen.

Doch nicht wenige Studierende grenzen sich davon strikt ab und erblicken in der Universität mehr als eine Hilfestellung für die eigene Karriereplanung: Da an der Universität Wissenschaft betrieben werde und wissenschaftliche Erkenntnisse das menschliche (Zusammen-)Leben verbessern könnten, seien Universitäten Institutionen zum Nutzen der Menschen. Die Universität sei Besseres als bloß eine Ausbildungsstätte für den Arbeitsmarkt – zu einer solchen dürfe die Universität nicht verkommen. Universitäten würden durch Wissenschaft einen wichtigen Beitrag zur Beseitigung vielfältiger Missstände liefern, von Armut über den Klimawandel bis hin zur Beendigung von Wirtschaftskrisen oder sogar bewaffneten Konflikten etc.

Ideale wie diese vertreten nicht nur politisch engagiertere Studierende. Auch die Universität selbst möchte gern so gesehen werden. Von universitärer „Wissenschaft im Dienst des Menschen“ ist etwa im Leitbild der Universität Hamburg die Rede.

Unter vielen linken Studierenden werden solche allgemeinen Vorstellungen von einer Universität, die dem „Wohl der Menschen“ diene (wieder Leitbild der Universität Hamburg), meist noch ergänzt um eine weitere, vermeintlich kapitalismuskritische Diagnose: Universitäten sollten „den Menschen“ dienen, was einschließe, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch zu beleuchten – die Hochschulen könnten das zwar angeblich leisten, würden daran aber aktuell gehindert. Im Neoliberalismus, so lautet diese Vorstellung, würden Universitäten mehr und mehr auf Konkurrenz um Drittmittel¹ (seitens der Forschung) und auf Ausbildung für den Arbeitsmarkt (seitens der Lehre) getrimmt. Insgesamt würden Universitäten „unterfinanziert“ und könnten, so die Behauptung, ihrer eigentlichen, gesellschaftskritischen Bestimmung nicht nachkommen. Die „neoliberalen Hochschulreformen“ erscheinen dabei wie ein Programm zur Bekämpfung aller hehren Ideale von einer „emanzipatorischen Wissenschaft“, wie sie doch eigentlich an Universitäten stattzufinden habe.

Was hier häufig unterstellt wird und auch den kapitalismuskritischen Anspruch solcher Positionen ausmachen soll: Die Universität sei ihrem Wesen nach angeblich eine Institution, die im Gegensatz zum Profitstreben der kapitalistischen Wirtschaft stehe. Hier werde ohne egoistisches Motiv uneigennützig geforscht und nachgedacht, befreit vom Zwang, profitabel zu sein. Das Verhältnis von Kapitalismus und Universität wird so als eines des unmittelbaren Gegensatzes bestimmt: Erst der Neoliberalismus trimme die Universität auf Konformität zu den herrschenden, kapitalistischen Verhältnissen.



An sich aber, so diese Position, seien universitäre Wissenschaft und kapitalistische Verhältnisse zwei unverträgliche Pole.

Im Folgenden sollen solche und ähnliche Vorstellungen einer Kritik unterzogen werden. Heutige Universitäten dienen vielleicht tatsächlich „der Gesellschaft“, dabei aber der herrschenden, kapitalistischen Gesellschaft und damit auch ihren Profiteur:innen. Ganz sicher dienen sie nicht einfach der Mehrheit der Menschen, die im Kapitalismus ihr Leben fristen. Das zunächst Paradoxe ist, dass Universitäten gerade deshalb Universitäten des Kapitals sind, weil sie vom unmittelbaren Profitstreben befreit sind – etwas, das auch neoliberale Reformen im Kern nicht revidieren. Wieso das so ist, darum soll es im Folgenden gehen, mit einem Fokus auf der Rolle der Natur- und Ingenieurwissenschaften.

II. Kapitalismus und Wissenschaft

Zunächst einmal grundsätzlich: Die kapitalistische Gesellschaft ist, im Gegensatz zu vorhergehenden Gesellschaftsformationen, auf die systematische Erlangung wissenschaftlicher Erkenntnisse angewiesen. Das lässt sich gut im ersten Band des „Kapitals“ von Karl Marx nachvollziehen² und soll hier kurz angerissen werden.

Wenn im Kapitalismus produziert wird, dann ist das Ziel der Produktion nicht die Befriedigung von Bedürfnissen: Produziert wird von privaten Unternehmen mit dem Ziel, aus Geld mehr Geld zu machen, Bedürfnisbefriedigung ist zur bloßen Bedingung für erfolgreiches Verkaufen degradiert. Dieser maßgebliche Zweck der Geldvermehrung ist grundsätzlich maßlos: Keine Summe Geld ist je genug. Zudem konkurrieren verschiedene Kapitale gegeneinander – wer mehr Profit macht, hat es leichter, die Konkurrenz in der nächsten Runde noch besser auszustechen.

Bei der Schlacht um mehr Profit sind es vor allem zwei Wege, die das Kapital beständig geht: Das direkte Drücken der Löhne der Arbeitenden bzw. das direkte Heraufsetzen der Arbeitszeiten ist der eine Weg. Der andere Weg ist indirekter und hat mit technisch-wissenschaftlichen Innovationen zu tun: Neue Produktionsmethoden werden eingeführt, welche es ermöglichen, dieselbe Menge an Gütern mit weniger Arbeitskräften zu produzieren – sodass die Löhne der frisch in die Arbeitslosigkeit entlassenen Arbeiter:innen eingespart werden können. „Rationalisierung“ wird das zynischerweise genannt³ und demjenigen Kapital, dem dies als erstes gelingt, ist ein Extraprofit gegenüber der Konkurrenz so gut wie sicher.

„Die kapitalistische Produktion entwickelt [...] die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses“, wie Marx schrieb – und das ist kein Lob dieser Produktionsweise, wenn man bedenkt, dass diese Entwicklung „zugleich die Springquellen alle[n] Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter“ (MEW 23: 536).

Dass die kapitalistische Produktionsweise aus diesem Antrieb heraus ab dem 19. Jahrhundert die Maschinerie und große Industrie erschuf und seitdem beständig weiterentwickelte, erfordert gleich auf zweifache Weise einen funktionierenden Wissenschaftsbetrieb:

1. Zunächst einmal braucht die stetig angestrebte Entwicklung neuer Technologien wissenschaftliche Kenntnisse – sowohl naturwissenschaftliches Grundlagenwissen (Physik, Chemie, Mathematik etc.) wie auch technologisches Spezialwissen (von Maschinenbau bis hin zu moderner Bioverfahrenstechnik). Marx selbst schrieb ganz neidlos, dass die kapitalistische Industrie „die ganz moderne Wissenschaft der Technologie“ erschaffen habe. Sie habe überdies, so Marx, einen eher auf Zufälligkeiten und Gewohnheiten basierenden, vorgefundenen Produktionsprozess verdrängt zugunsten von „bewußt planmäßige[n] und je nach dem bezweckten Nutzeffekt systematisch besonderte[n] Anwendungen der Naturwissenschaft“ (MEW 23: 510). Irgendwo muss im Kapitalismus also eine dementsprechende wissenschaftliche Forschung betrieben werden.

2. Außerdem braucht hochtechnisierte Produktion ein „Personal, das mit der Kontrolle der gesamten Maschinerie und ihrer beständigen Reparatur beschäftigt ist,

wie Ingenieure [...]. Es ist eine höhere, teils wissenschaftlich gebildete[...] Arbeiterklasse, außerhalb des Kreises der Fabrikarbeiter“ (MEW 23: 443) notwendig. All die Lebensmittelchemiker:innen, Luft- und Raumfahrtingenieur:innen oder Nanowissenschaftler:innen müssen natürlich irgendwo ihre Ausbildung erfahren.

An einen Wissenschaftsbetrieb und seine Institutionen stellt das Skizzierte natürlich gewisse Anforderungen. Zwei Dinge sind dabei zentral:

1. Klar ist, dass Wissenschaft, die solches leisten soll, organisiert stattfinden muss.⁴ Über viele Jahrhunderte wurden wissenschaftliche Erkenntnisse meist von vereinzelt arbeitenden Individuen erlangt, mitunter nur durch Glück oder Zufälle. Zielgerichtet arbeitende Forschungseinrichtungen gab es vor dem Kapitalismus nur selten.⁵ Wissenschaft muss mehr sein als bloßer Zeitvertreib z.B. von einigen Mönchen in Klöstern. Ein Teil des Überschusses der Gesellschaft, des Mehrprodukts, muss für die Unterhaltung einer wissenschaftlichen Institution und die in ihr arbeitenden Individuen aufgewendet werden: Die Einrichtung von Universitäten wird vermehrt notwendig.⁶

2. Die zweite Anforderung mag zunächst wie ein Paradoxon klingen: Um dem Kapital gut dienen zu können, muss Wissenschaft (weitestgehend) getrennt und selbstständig von kapitalistischen Unternehmen betrieben werden: Wissenschaft darf nicht einfach unmittelbar Profitinteressen unterworfen sein. Die auch von Linken vielfach zitierte (und überdies gesetzlich verankerte) „Freiheit der Wissenschaft“ dient in letzter Instanz dem Kapital. Sie ist kein bloßer Abwehrmechanismus gegen seinen Einfluss, wie häufig angenommen.

Wieso ist das so? Darum soll es im nächsten Abschnitt gehen, der zugleich davon handelt, wieso nur der Staat dafür infrage kommt, den Unternehmen mit der Einrichtung von Universitäten unter die Arme zu greifen.

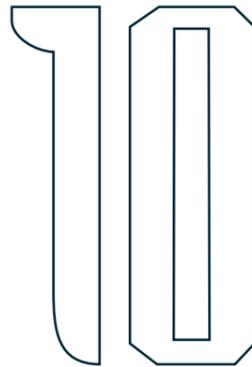
III. Der Staat des Kapitals und seine Universität

Die meisten Universitäten weltweit werden von Staaten unterhalten. Wieso aber betreiben nicht einfach Unternehmen ihre eigenen Hochschulen?

Einfach deshalb, weil staatliche Universitäten den Unternehmen viel besser dienen. Dass das so ist, ergibt sich aus den beiden bereits angeführten Bedürfnissen des Kapitals nach Wissenschaft: Immer neuen, systematisch erlangten wissenschaftlichen Erkenntnissen auf der einen Seite; einer wissenschaftlich gebildeten Intelligenz, welche in Form von spezialisierten Arbeitskräften zur Verfügung steht, auf der anderen Seite. Beides lässt sich profitabel kaum mit für das Kapital zufriedenstellenden Ergebnissen bewerkstelligen.

Naturwissenschaftliche und technologische Grundlagenforschung, das heißt die Entdeckung neuer Naturgesetze und die Erforschung ihrer praktischen Anwendung, rentiert sich für Unternehmen finanziell einfach nicht. Trotzdem sind Unternehmen auf diese angewiesen. Solche Forschung ist nur potenziell profitfördernd. Und wenn, dann oft erst nach vielen, vielen Jahren – wann genau, das lässt sich schwer abschätzen. Ob beispielsweise der ressourcen- und kostenaufwendige Teilchenbeschleuniger des Hamburger DESY in vielen Jahren neue, winzige Elementarteilchen findet – und ob sich dieses Wissen wiederum – irgendwann – profitabel anwenden lässt; das ist unvorhersehbar.

Die Ausbildung von wissenschaftlich geschultem Personal (Ingenieuren, etc.) wiederum erfordert eine theoretische, wissenschaftliche Ausbildung – die, wenn sie nicht oberflächlich ausfallen soll, einen daran hindert, gleichzeitig schon als rentable Arbeitskraft vollumfänglich für ein Unternehmen zur Verfügung zu stehen. Die Ausbildung einer solchen Arbeitskraft wäre für Unternehmen einzig ein jahrelanger Kostenpunkt, der in dieser Zeit wenig bis nichts einbringt. Es ist nur folgerichtig, dass der bürgerliche Staat dem Kapital hier zur Seite springt und die wissenschaftlichen Institutionen – Universitäten – schafft und fördert, die das Kapital braucht. Und das nicht bloß, weil er die einzige Institution ist, die dazu infrage kommt. Sondern auch, weil er das will.



Denn der Staat spielt mit Sicherheit eine andere Rolle, als die, welche ihm Sozialdemokrat:innen sämtlicher Couleur zuschreiben: Hier taucht der Staat nur als die Institution auf, die all die schändlichen Verwerfungen eines ungebremsten Profitstrebens zugunsten der Armen und Schwachen zügle und ausgleiche (z.B. durch Sozialgesetzgebung). Etwas, dass der Staat nach dieser Vorstellung viel entschiedener tun sollte.

Dabei geht meist völlig unter, dass der Staat das kapitalistische Profitstreben und Wachstum will: Es ist schlicht die Basis seiner eigenen Grundlagen, auch seiner eigenen Macht. Weniger Wachstum bedeutet weniger Steuereinnahmen; mehr Wachstum bedeuten mehr Steuern, also mehr Handlungsspielraum. Dies ist ein gerade in linken Kreisen viel zu selten beachteter Aspekt moderner Staatlichkeit. Unter anderem aus diesem Grund ist der Staat diejenige Institution, welche dem Kapital diejenigen Bedingungen bereitstellt, welche es nicht selbst profitabel herstellen kann und auf die es trotzdem angewiesen ist (z.B. Infrastruktur, Schulwesen, die Reproduktion der Arbeiterklasse als Ganzes durch Sozialstaat und Gesundheitswesen etc.). Treffend beschrieb Friedrich Engels das einmal so: „[D]er moderne Staat ist [...] die Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußern Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten. Der moderne Staat [...] ist eine wesentlich kapitalistische Maschine“. Engels nannte den bürgerlichen Staat daher auch den „ideellen Gesamtkapitalisten“.⁷

So ist eben auch die Einrichtung von Universitäten ein Dienst des Staates für das Kapital. Der Staat finanziert die Universitäten, er stellt damit ihre grundlegendste Existenzbedingung sicher. Allein schon so sorgt der Staat dafür, dass die Universitäten, welche ihm ihre gesamte Existenz und Ausstattung verdanken, in seinem Sinne forschen und lehren. Daher hilft es auch nichts, aus linker Perspektive zu behaupten, dass Universitäten doch heiß „umkämpft“ seien – zumindest nicht in dem Sinne, dass in den Universitäten ein Kampf tobe zwischen „emanzipatorischer“ und „kapitalkonformer Wissenschaft“. Der Staat bzw. die Bildungspolitik will insbesondere auch, dass Universitäten die Unternehmen mit passend ausgebildeten Arbeitskräften versorgen. Hier bessert die Bildungspolitik immer wieder explizit nach.⁸ Staat, Bildungspolitik oder die Universitätsleitung „versagen“ nicht, wenn sie Universitäten immer wieder an diesem Zweck ausrichten – etwa vor dem Hintergrund, dass es eigentlich um „emanzipatorische“ oder „kritische Wissenschaft“ gehen müsse. Denn Ausbildungsstätte für das Kapital zu sein, das ist nun einmal einer der zentralen Zwecke, für den Staaten Universitäten unterhalten. Genau dasselbe gilt für den Zweck, dass universitäre Forschung kapitalistischen Unternehmen nutzen soll. Auch das stellen Wissenschaftspolitik und Universitätsleitungen seit jeher aktiv und bewusst sicher.⁹

Ohne hier auf die oft zitierten „neoliberalen Hochschulreformen“ im Detail einzugehen – bei ihnen handelt es sich in der Regel um Nachbesserungen, um Universitäten noch besser auf die Ausbildung für den Arbeitsmarkt und kapitalistisch nützliche Forschung auszurichten. Beides sind jedoch keineswegs Zwecke, die dem Universitätsbetrieb vorher fremd gewesen wären.

Dass Universitäten dem Profitstreben entzogen sind und der Staat die „Freiheit der Wissenschaft“ garantiert, ist somit bloß funktional für das Kapital, welches wissenschaftlich ausgebildeter Arbeitskräfte bedarf und die wissenschaftlichen Resultate der universitären Forschung anwendet. Beides kann also nicht als Beweis dafür genommen werden, dass der Universität als Institution emanzipatorisches Potenzial innewohne. Man kann erst recht nicht Universität und Kapitalismus als Gegensatz auffassen. Der Kapitalismus muss nicht erst durch neoliberalen Reformen in die Universität eindringen. Er bestimmt die Zwecksetzung und auch den Charakter der Universität lange vorher – dazu im folgenden Abschnitt ein wenig mehr.

IV. Über die Macht und Machtlosigkeit der Fakultäten

Über die **Natur- und Ingenieurwissenschaften** und ihre Notwendigkeit für das Kapital wurde an dieser Stelle ja schon einiges geschrieben. Hier ließe sich folgendes einwenden: Nur weil das Kapital diese universitären Disziplinen braucht, müsste das

ja nicht umgekehrt heißen, dass diese Wissenschaft ausschließlich dem Kapital zugute kommt. Könnte sie sich nicht einfach davon freimachen und stattdessen dem Rest der Menschheit – wie zum Beispiel beim Umweltschutz – nutzen?

Um das zu beantworten, muss man sich nur für einen Augenblick vergegenwärtigen, wer denn überhaupt über die Mittel verfügt, naturwissenschaftliche und technologische Forschungsergebnisse praktisch zu nutzen. Und das sind, abgesehen vom Staat (welcher hinsichtlich Militärtechnik und großen Infrastrukturprojekten an solcher Forschung ein Interesse hat), eben nur große kapitalistische Unternehmen. Nur sie können die Geldmassen aufbringen, die es braucht, um aus wissenschaftlichen Entdeckungen ein neues Produkt oder eine neue Produktionstechnik zu machen. Allerdings: Die Produkte, die sie produzieren und die Produktionstechnik, die sie anwenden, wählen sie selbstverständlich danach aus, ob dies für sie profitabel ist. So kommt es dann dazu, dass neueste naturwissenschaftliche Kenntnisse genutzt werden, um Waren im Gebrauch schneller verschleifen zu lassen, als eigentlich nötig (geplante Obsoleszenz) – nur, um möglichst schnell wieder neue Produkte verkaufen zu können. Oder dazu, dass neueste Computertechnik ganze Belegschaften in die Arbeitslosigkeit digitalisiert.

Das hat dann auch Folgen für naturwissenschaftliche und technische Entdeckungen, die gemacht werden und z.B. dem Umweltschutz zugute kommen könnten – wenn sie denn angewendet werden würden. Denn wenn neue Entdeckungen nicht profitabel zu gebrauchen sind, kommen sie gar nicht zur flächendeckenden Anwendung. Z.B. war Energieerzeugung durch Wasserkraft schon im 19. Jahrhundert erforscht und entdeckt, wegen fehlender Rentabilität wurde sie nie flächendeckend angewendet. Ähnliches gilt für umweltschonendere Antriebstechnologien von Pkws oder negative Emissionstechnologien, welche CO₂ aus der Luft filtern könnten, allerdings keinem Unternehmen profitabel erscheinen.¹⁰ Und auch aus den haufenweise vorhandenen wissenschaftlichen Erkenntnissen um den menschengemachten Klimawandel ziehen Staat und Kapital nur die Konsequenzen, die sich mit ihrer Geschäftsgrundlage vertragen: Also kaum welche. Die naturwissenschaftliche Forschung selbst mag (abgesehen etwa von biologischen Urteilen) weitestgehend von der kapitalistischen Gesellschaftsform unberührte, allgemeingültig richtige Erkenntnisse liefern. Allerdings: Der nahezu alles beherrschende Zweck des Produzierens ist in dieser Gesellschaft die Erzielung von Profit. Dementsprechend können Naturwissenschaft und Technik nur dem Profit dienen, ob sie das nun wollen oder nicht.

Bisher ging es vorrangig um die Natur- und Ingenieurwissenschaften und ihre Dienste für Staat und Kapital. Wie sieht es diesbezüglich bei den anderen Fakultäten aus?

Bei manchen Studienfächern fällt es vermutlich gar nicht schwer, zu sehen, wie diese zielgerichtet für Berufe der kapitalistischen Gesellschaft ausbilden – und anderswo weitestgehend überflüssig wären. Stellvertretend wird hier auf das Studium der **Betriebswirtschaftslehre** eingegangen.

BWL-Absolvent:innen mögen neben dem Management, wo sie direkt das Interesse des Kapitals gegen die Arbeiter:innen exekutieren, auch im Einkauf oder Vertrieb eines Unternehmens landen, wo sie anderen Unternehmen als Käufer:innen oder Verkäufer:innen gegenüberreten. Etwas das, so Marx, „einen Kampf [bedeutet] worin jede Seite die andre übervorteilen sucht“, letztlich also eine „Arbeit [zur Folge hat], vergrößert durch die beiderseitigen böswilligen Absichten“ (MEW 24: 131-2). Soll heißen: In einer Gesellschaft, in der verschiedene Betriebe nicht um Profit konkurrieren, sondern arbeitsteilig miteinander kooperieren, wäre ein Großteil dieser Arbeit – und dazu zählen Marketing, Kundenbindungsstrategien oder Marktanalysen, wie sie im Studium gelehrt werden – schlicht absurd.

Auch in dieser – für die kapitalistische Produktionsweise tatsächlich unerlässlichen – Fachrichtung stellen Staat und Universität die massenhafte Ausbildung von Arbeitskräften zielstrebig bereit.



Nun ist es kein Geheimnis, dass gerade BWL-Studierende an der Uni manchen als karrieregeile, unreflektierte Anzugträger:innen vorkommen. Was ist mit den **Geistes- und Sozialwissenschaften**? Einige dieser Studierenden dünken sich allein durch die Wahl solcher Studienfächer alternativ und kritisch; sie blicken deswegen oftmals auf ihre Kommiliton:innen aus der BWL herab.

Dafür besteht allerdings wenig Anlass. Auch die Geistes- und Sozialwissenschaften, wie sie an bürgerlichen Universitäten Forschung und Lehre beherrschen, sind Produkte der kapitalistischen Gesellschaft, ihrer Widersprüche und Ideologien. Und auch sie dienen dieser Gesellschaft, auf ihre ganz eigene Weise.

Wollte man das nachweisen an dem, was in den verschiedenen Fachrichtungen hegemonial gelehrt und gedacht wird (und dann wiederum in den verschiedenen Denkrichtungen in jedem einzelnen Fach), müsste man ganze Bücherregale füllen. Dieser Nachweis soll hier daher anhand einer einzigen Gemeinsamkeit geführt werden, welche diese Fachrichtungen bei all ihren Unterschieden dennoch verbindet: Sie verfolgen in ihrer übergroßen Mehrzahl nicht den Anspruch, wahre Erkenntnisse zu liefern, sondern verfemen diesen Anspruch sogar. Sie relativieren jede geäußerte Erkenntnis als bloße „Meinung“, als subjektiv, als lediglich ein mögliches „Modell“. Wahrheit, also ein Erkennen bestimmter gesellschaftlicher Zusammenhänge, sei eigentlich nicht möglich – es gebe nur unterschiedliche Perspektiven oder Denkschulen, die man so akzeptieren müsse.¹¹ Es passt natürlich zu einer Gesellschaft der nie enden wollenden Konkurrenz, allen Äußerungen über gesellschaftliche Zusammenhänge per se zu unterstellen, sie seien immer bloß subjektiv und ein Erkennen gesellschaftlicher Realitäten daher nicht möglich. Von Immanuel Kants Erkenntnistheorie über den Skeptizismus bis hin zur radikalen Vertreter:innen postmoderner Philosophie – die Geistes- und Sozialwissenschaften haben ganze Theoriegebäude aufgerichtet, welche versuchen, das philosophisch zu begründen.

Über die Widersprüche, in welche sich diese Versuche stets verstricken, ließe sich viel und lange schreiben: Wie kann man überhaupt als wahr behaupten, dass es keine Wahrheit gäbe? Man behauptet damit einerseits selbst eine Wahrheit (in dem Fall, dass es Wahrheit nicht gibt) und erklärt andererseits, es gäbe Wahrheit gar nicht. Das ist ein Widerspruch in sich.

Hier soll aber auf etwas anderes verwiesen werden: Wer auf einen Wahrheitsanspruch verzichtet, akzeptiert damit die weitestgehende Folgenlosigkeit des eigenen Denkens. Dazu zwei beispielhafte Äußerungen: Erstens: Wer auf eine heiße Herdplatte fasst, verbrennt sich die Hand. Zweitens: Das Kapital vermehrt sich durch Ausbeutung der Arbeitskraft. Wenn das beides nur bloß subjektive Meinungen wären (und niemand käme wohl auf Idee, das über ersteres behaupten), wieso sollte man dann daraus entsprechende praktische Schlussfolgerungen ziehen? Bei beidem ist es äußerst relevant für einen vernünftigen Umgang mit der einen umgebenden Welt, ob der geäußerte Sachverhalt nun wahr ist oder nicht. Sonst spräche im ersten Beispiel eigentlich nichts dagegen, seine Hand auf die heiße Herdplatte zu legen. Eine Aussage, über die man selbst sagt, man könne nicht genau sagen, ob sie wahr sei; sie sei halt nur eine subjektive Meinung oder Perspektive, bleibt praktisch folgenlos.

Andersherum formuliert: Wer die Welt um sich verändern will, Kritik an gesellschaftlichen Zuständen üben will, kommt um einen Anspruch auf Wahrheit nicht herum.

Anstelle einer weiteren Auseinandersetzung, soll hier Hegel stellvertretend etwas ausführlicher zu Wort kommen. Bei ihm findet sich der Zusammenhang zwischen Wahrheitsanspruch des Denkens und dem Stürzen bestehender gesellschaftlicher Verhältnisse (Staat und Religion bei ihm) auf den Punkt gebracht; außerdem, wie das wiederum zum Anzweifeln der menschlichen Erkenntnisfähigkeit führt, als ein Akt des Unschädlichmachens des Denkens:

„Das Bedürfnis, die Logik in einem tieferen Sinne [...] zu erfassen, ist veranlaßt durch das Interesse der Religion, des Staats [...]. Man hat früher beim Denken nichts Arges gehabt, frisch vom Kopfe weg gedacht. Man dachte über Gott, Natur und Staat und hatte die

Überzeugung, nur durch Gedanken komme man dazu, zu erkennen, was die Wahrheit sei, nicht durch die Sinne oder durch ein zufälliges Vorstellen und Meinen. Indem man so fort dachte, ergab es sich aber, daß die höchsten Verhältnisse im Leben dadurch kompromittiert wurden. Durch das Denken war dem Positiven seine Macht genommen. Staatsverfassungen fielen dem Gedanken zum Opfer; die Religion ist vom Gedanken angegriffen, feste religiöse Vorstellungen, die schlechthin als Offenbarungen galten, sind untergraben worden, und der alte Glaube wurde in vielen Gemütern umgestürzt. So stellten sich z.B. die griechischen Philosophen der alten Religion entgegen und vernichteten die Vorstellungen derselben. Daher wurden Philosophen verbannt und getötet [...]. So machte sich das Denken in der Wirklichkeit geltend und übte die ungeheuerste Wirksamkeit. Dadurch wurde man aufmerksam auf diese Macht des Denkens, fing an, seine Ansprüche näher zu untersuchen, und wollte gefunden haben, daß es sich zu viel anmaße und nicht zu leisten vermöge, was es unternommen. [Es habe] den Staat und die Religion umgestürzt. Es wurde deshalb eine Rechtfertigung des Denkens über seine Resultate verlangt, [eine] Untersuchung über die Natur des Denkens und seine Berechtigung.“¹²

Der herrschende Betrieb der Geistes- und Sozialwissenschaften praktiziert bloßes „Vorstellen und Meinen“ offensichtlich lieber als den Versuch zu unternehmen, die Wahrheit über bestimmte Sachverhalte zu ermitteln. Von seiner gesamten theoretischen Fundierung her scheint er also nicht den Anspruch zu verfolgen, dass sein „Denken sich in der Wirklichkeit geltend mache“ und die „ungeheuerste Wirksamkeit“, etwa gegen vorherrschende Verhältnisse, ausübe. Eher scheint diesen Wissenschaften daran gelegen zu sein – „veranlasst durch das Interesse des Staates“ – darauf zu pochen, dass das Denken viel zu anmaßend sei und überhaupt nicht in der Lage sei, wahre Erkenntnisse zu erlangen. Dass die meisten dieser Fächer jegliche Erkenntnisse immer wieder aufs Neue relativieren, prädestiniert sie nachgerade dafür, falsches und widersprüchliches Bewusstsein, sprich Ideologien, über die Verhältnisse zu (re-)produzieren; die Verhältnisse also zu legitimieren und auch unhaltbarste Zustände als angeblich sinnreich zu begründen.¹³ Das wiederum ist etwas, das herrschende Instanzen nicht missen mögen, weil es die bestehenden Verhältnisse stützt.

Die Natur- und Ingenieurwissenschaften tragen, wie gezeigt, zur Macht des Kapitals über die Arbeitenden bei, wo sie beispielsweise neueste Technologien entwickeln. Und sie sind da machtlos, wo sie auf etwas stoßen (z.B. die Ursachen des Klimawandels), das für Staat und Kapital nicht nutzbar ist. Die universitären Geistes- und Sozialwissenschaften hingegen richten sich in ihrer selbstverschuldeten Machtlosigkeit von vornherein recht gemütlich ein. Macht kommt ihrem Denken wiederum nur in der Form theoretisch avancierter Ideologien über die bestehenden Verhältnisse zu.

V. Widerstand braucht Wissenschaft, aber niemand braucht die Universität

Noch einmal zurück zum Anfang, zu denjenigen Studierenden, die in Universitäten ganz ohne hohe Ideale nur eine Zwischenstation ihrer Ausbildung für die Berufswelt sehen. Wer diese Ökonomie, ihren Arbeitsmarkt, ihre Konkurrenz und ihr maßloses Wachstum auf Kosten von Arbeitenden und Umwelt einfach hinnimmt und affirmiert, hat sicherlich vieles nicht verstanden. Dass Universitäten in erster Linie Ausbildungsstätten für den Arbeitsmarkt und einen Standortfaktor für die Wirtschaft darstellen, ist hingegen vollkommen zutreffend. Zumindest in diesem Punkt hat, wer das so sieht, ein bisschen mehr verstanden als diejenigen linken Studierenden, die durch und durch idealistisch die Universität und den Kapitalismus zu einem Gegensatz machen, der in Wahrheit nicht existiert.

Eine andere Implikation ist dagegen ja gar nicht falsch: Studierende, die hohen Idealen über die Universität anhängen, verweisen oft darauf, wie wichtig Wissenschaft sei, um die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse zu überwinden. Damit haben sie recht. Ja, Widerstand braucht Wissenschaft.

Wer materielle Armut, aufreibende Arbeitsverhältnisse, den Klimawandel, rassistische Polizeigewalt, sexuelle Übergriffe oder vieles andere überwinden möchte, muss durch theoretische Analyse offenlegen, aus welchen gesellschaftlichen Verhältnissen all diese Dinge erwachsen, durch was sie verursacht sind. Insofern muss linke Politik einen wissenschaftlichen Anspruch verfolgen: Wissenschaft meint hier nicht das möglichst häufige Zitieren von anerkannten Autoritäten mit akademischen Titeln, sondern die Struktur und die Gesetzmäßigkeiten einer Gesellschaft aufzudecken, in welcher die Subjekte Beschädigungen erfahren. Ja, das mag langwierig oder anstrengend sein¹⁴ – auch Karl Marx schimpfte ja über die anstrengende „ökonomische Scheiße“, mit der er sich über so viele Jahre beschäftigte. Aber nur so hat man die Chance, dem Schicksal eines Don Quijote – einem Kampf gegen Windmühlen – zu entkommen und stattdessen die Dinge wirklich an der Wurzel zu packen. Wissenschaft ist also bitter notwendig, wo das Bestehende nicht einfach blind akzeptiert werden soll.

Aus dieser Notwendigkeit von Wissenschaft folgt nun aber keineswegs, Hoffnungen auf diejenigen Institutionen zu richten, die unter den bestehenden Verhältnissen einen wissenschaftlichen Anspruch an sich selbst stellen: Universitäten.

Ihrer Selbstbeweihräucherung, unschuldige „Wissenschaft im Dienst des Menschen“ zu betreiben, sollte man nicht auf den Leim gehen und ständig hilflos daran appellieren. Es handelt sich dabei lediglich um den Heiligenschein, den Universitäten sich selbst verleihen. Was Brecht in „Das Leben des Galilei“ schreibt – das einzige Ziel der Wissenschaft bestehe darin, „die Mühseligkeit der menschlichen Existenz zu erleichtern“ – das trifft auf heutige Universitäten schlicht und ergreifend nicht zu. Staat und Kapital brauchen Universitäten als Ausbildungsstätten und Forschungseinrichtung für ihre Zwecke. Und sie sorgen permanent dafür, dass Universitäten in diesem, ihrem Sinne funktionieren. Die Wissenschaft, die an den Universitäten betrieben wird, ist dann in erster Linie genau das: Anwendungswissen fürs Kapital, Ausbildung fürs Arbeitsleben im Kapitalismus oder reine Ideologieproduktion.

Damit ist vielleicht nicht völlig ausgeschlossen, dass auch mal jemand, der:die den herrschenden Verhältnissen alles andere als affirmativ oder konstruktiv gesonnen ist, eine Professor:innenstelle ergattert. Sollte so etwas aber überhandnehmen, werden Staat und Kapital jedenfalls ganz schnell dafür sorgen, dass die „Freiheit der Wissenschaft“ wieder auf die Bahnen zurückgeleitet wird, die ihnen dient.¹⁵

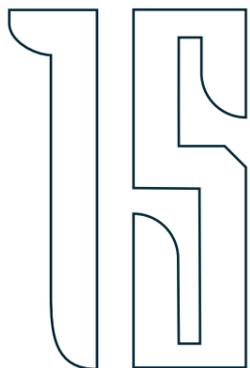
Enttäuscht kann von all dem nur sein, wer sich von den eigenen Idealen blenden lässt. Studentischer Aktivismus fußt leider viel zu häufig auf einer solchen enttäuschten, idealistischen Vorstellung von Universität. Dementsprechend werden auch praktisch falsche Wege eingeschlagen. Hierzu ein paar Schlussbemerkungen:

Von der Universität als Ganzer sollte man keine Impulse erwarten für eine Wissenschaft, die diesen Namen verdient und das Leben der Mehrheit der Menschen verbessert. Statt also naive Hoffnungen auf kritische universitäre Lehre zu setzen, sollte man eine Kritik der allzu oft affirmativen und ideologischen Lehrinhalte vorantreiben und sich diese gemeinsam mit Kommiliton:innen erarbeiten.

Statt viel Energie zu verschwenden, um gegen eine „Unterfinanzierung“ von Universitäten zu demonstrieren – das heißt im Zweifelsfall für die bessere finanzielle Ausstattung einer im Dienst von Staat und Kapital stehenden Institution¹⁶ – sollte man Kritik und Wissenschaft außerhalb des Studienplans selbst organisieren, etwa durch Diskussionsveranstaltungen oder Lesekreise.

Walter Benjamin schrieb einmal, es ginge darum, „eine Gemeinschaft von Erkennenden zu gründen an Stelle der Korporation von Beamteten und Studierten.“¹⁷ In der Tat: Wer es mit den herrschenden Verhältnissen aufnehmen will, steht vor der Aufgabe, sich und andere wissenschaftlich zu bilden. Niemand, der das vorhat, braucht dafür allerdings die Universität des Kapitals.

- 1 Finanzmittel, die nicht von der Universität selbst, sondern z.B. von Unternehmen stammen, die an bestimmter Forschung ein Interesse haben.
- 2 Im vierten Abschnitt über die sogenannte Produktion des relativen Mehrwerts, vgl. Marx-Engels-Werke (im folgenden MEW), Band 23. Berlin 1972. S. 331-530.
- 3 „Rational“ ist daran genau genommen überhaupt nichts: Neue Technik, die den Menschen theoretisch ja Arbeit abnehmen und erleichtern könnte, sorgt im Kapitalismus dafür, dass die einen Menschen weiterhin genauso lange wie zuvor arbeiten und stößt die anderen in die Arbeitslosigkeit, ergo Armut.
- 4 Ein organisierter, systematisch arbeitender Wissenschaftsbetrieb wäre natürlich auch jenseits des Kapitalismus, in einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft, die planvoll für die Bedürfnisse der Menschen produziert, sinnvoll. Nur würde ein solcher Wissenschaftsbetrieb dann eben dem gesellschaftlichen Zweck dienen, die Bedürfnisse der Menschen möglichst gut zu befriedigen – und nicht, wie gegenwärtig, in letzter Instanz dem Kapital und seinem Profitzweck.
- 5 Die antike griechische Wissenschaft (Mathematik, Philosophie, Astronomie etc.) ist eher als eine von wenigen temporären Ausnahmen anzusehen. Die vor dem Kapitalismus vorherrschenden Produktionsweisen waren nicht auf stetiges Wachstum ausgelegt und zumeist völlig durch Landwirtschaft dominiert, was dazu führte, dass die wissenschaftliche Lehre über lange Zeiträume hinweg völlig unverändert blieb. Dirk J. Strujk: Abriss der Geschichte der Mathematik. Berlin 1965. S. 13. S. 106.
- 6 In den letzten 200 Jahren hat sich die Anzahl Universitäten in Europa von ca. 80 auf über 2.200 erhöht. Die Gründungsgeschichte der Universität Hamburg (erst 1919 gegründet) bietet dazu gutes Anschauungsmaterial: Die vorangehenden Debatten für oder gegen die Gründung einer Universität waren lange Zeit ausnahmslos getragen von einer reichen Hamburger Kaufmannsschicht (u.a. Werner von Melle, Edmund Siemens). Sie drehten sich nahezu ausschließlich darum, ob die Kosten einer Universität im richtigen Verhältnis zum erhofften kapitalistischen Nutzen stünden. Als erste Hochschule Hamburgs konnte man sich zunächst nur zur Gründung eines Kolonialinstituts durchringen – welches im Dienste der blutigen Ausbeutung der deutschen Kolonien stand – ehe die Gründung einer Universität 1919 gelang. Vgl. Werner, Michael: Stiftungsstadt und Bürgertum: Hamburgs Stiftungskultur vom Kaiserreich bis in den Nationalsozialismus. Berlin 2015. S. 84-87.
- 7 Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. MEW Bd. 19. S. 222.
- 8 Etwa in den 1960er Jahren mit den von der Studierendenbewegung bekämpften „technokratischen Hochschulreformen“ oder mit der Einführung der Bachelor-Master-Studiengänge zur Senkung der Regelstudienzeit in den 2000er Jahren.
- 9 In diesen Bereich fällt etwa die seit einiger Zeit zunehmende Praxis der Teilfinanzierung von Forschung durch Drittmittel (vg. Fußnote 1).
- 10 Sie profitabel zu machen, um diese Technik stärker zu verbreiten, darin besteht unter den gegenwärtigen Verhältnissen die ganze Forschungsarbeit. Vgl. dazu <https://sz-magazin.sueddeutsche.de/die-loesung-fuer-alles/klimaschutz-co2-filter-benzin-85859>



- 11 Ein paar Beispiele: Dass eh jedes Urteilen immer bloß subjektiv sei, wird schon in der Schule in Fächern wie Geschichte oder Philosophie gelehrt. An Universitäten ist dann z.B. die Rede davon, dass die „Theorie der Geisteswissenschaften herausgearbeitet [habe], wie grade die ganze Tiefe der Subjektivität mit all deren besonderen Kräften in die Deutung [eines zu beurteilenden Gegenstandes] mit eingehen muß“, so der Pädagoge Otto Bollnow. Vgl. Ders.: Die Objektivität der Geisteswissenschaften und die Frage nach dem Wesen der Wahrheit. In: Zeitschrift für philosophische Forschung. 16. Jahrgang. 1962. S. 3-25. Oder es wird ein überzeugtes „Plädoyer gegen den Alleinvertretungsanspruch der wissenschaftlichen Darstellungsformen auf die Verwaltung der wissenschaftlichen Wahrheit“ gehalten. Vgl. Oswald Schwemmer: Wahrheit und Wissenschaft. 2017. Online: <https://www.philosophie.hu-berlin.de/de/forschung/drittmittelprojekte/ernst-cassirer-nachlassedition/lehre> Abgerufen 12/2020.
- 12 Hegel, Georg W. F.: Enzyklopädie der philosophischen Wissenschaften I. Frankfurt, 10. Aufl. 2014. S. 71.
- 13 Hier wäre für die einzelnen Disziplinen nachzuweisen, wie sie in ihren Themengebieten die herrschenden Verhältnisse ideologisch stützen: Die Politikwissenschaften den bürgerlichen Staat, die Erziehungswissenschaften das kapitalistische Bildungssystem usw. Beispielhaft sei hier auf den Beitrag „Von der Nutzenmaximierung. Einspruch gegen das Dogma der Wirtschaftswissenschaften“ in dieser Ausgabe (S. 19) verwiesen, der eindrücklich darlegt, inwiefern die universitären Wirtschaftswissenschaften falsches Bewusstsein über die herrschende Ökonomie verbreiten und die kapitalistische Produktionsweise so legitimieren.
- 14 Glücklicherweise muss man das Rad nicht auf allen Gebieten neu erfinden: Mit den drei Bänden des Kapitals liegt eine brillante wissenschaftliche Analyse über die kapitalistische Produktionsweise und ihre schädlichen Wirkungen auf die lohnarbeitende Menschheit schon seit über 150 Jahren vor.
- 15 Die Berufsverbote der 1970er und 1980er Jahre gegen missliebige linke Universitätsdozent:innen sollten dafür ein Lehrstück sein. Dass es sie nicht mehr gibt, liegt größtenteils daran, dass die politische Linke spätestens seit dem Fall der Sowjetunion deutlich dezimierter ist als zu den damaligen Zeiten.
- 16 Zumindest, wer das in dem Sinne tut, dass Universitäten, wenn sie mehr Geld zur Verfügung hätten, angeblich kritische Wissenschaft betreiben würden, begeht genau diesen fatalen Fehler. Studierende oder Universitätsangestellte, welche z.B. für eine bessere Bezahlung als studentische Hilfskräfte oder Mittelbau-Angehörige kämpfen (etwa im Rahmen von TVStud oder der Mittelbau-Initiative), trifft diese Kritik natürlich nicht.
- 17 Benjamin, Walter: Das Leben der Studenten. In: Der Neue Merkur 2 (1915). S. 728.

Der Artikel verdankt wesentliche Gedanken dem Vortrag „Die Freiheit der Wissenschaft und der bürgerliche Wissenschaftsbetrieb“ von Heiko Vollmann, den dieser vor einigen Jahren auf Einladung des AStAs der Uni Hamburg hielt. Der Vortrag kann hier nachgehört werden: <https://archive.org/details/FreiheitDerWissenschaft-kapitalkritik>

Kritische Bildung & Wissenschaft an der Uni Hamburg Selbstorganisation // Angebote des AStA

Kritische Bildung und Wissenschaft kann man zum Beispiel durch die Organisation von Diskussionsveranstaltungen (außerhalb von Pandemie-Zeiten z.B. in einem studentischen Freiraum) oder einen gemeinsamen Lesekreis praktizieren.

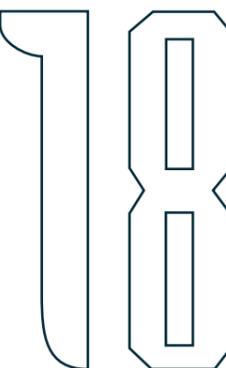
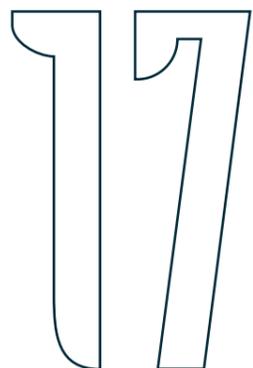
Dabei ist man nicht auf sich allein gestellt:

- Der AStA unterstützt studentische Initiativen, die kritische Veranstaltungen durchführen möchten, u.a. finanziell mit seiner Initiativförderung. Eine studentische Initiative kann mit bis zu 300€ pro Semester gefördert werden.
Infos & Kontakt: kultur@asta.uni-hamburg.de

- Wer einen Lesekreis für die studentische Öffentlichkeit anbietet, kann sich vor jedem Semesterstart beim AStA als Gesellschaftskritisches Tutorium anmelden/bewerben und wird mit einer Aufwandsentschädigung sowie der Bewerbung des Angebots unterstützt (Außerhalb von Pandemie-Zeiten zusätzlich mit der Buchung eines universitären Raums).
Infos & Kontakt: kulturkurs@asta.uni-hamburg.de

- Zu guter Letzt organisiert der AStA auch selbst viele Veranstaltungen in einem solchen Sinne. Zu nennen ist hier vor allem die Veranstaltungsreihe Schnöde Neue Welt, die in jedem Wintersemester in Grundbegriffe der Gesellschaftskritik einführt.

Infos: facebook.com/SchnoedeNeueWelt



VON DER NUTZEN- MAXIMIERUNG

M. Erdhaufen

EINSPRUCH GEGEN DAS DOGMA DER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

Auch wenn moderne Wissenschaft sich gerne auf die Position zurückzieht, dass ihre Prämissen nur ein Modell unter vielen seien; auch wenn sich bereits jeder Mittelschüler sofort sicher ist, dass Erkenntnis irgendwie nicht geht, zumindest nicht abschließend; auch wenn es, warum auch immer, ein Wert für sich sein soll, eine Sache aus möglichst vielen Perspektiven zu betrachten:

Ein Urteil über ihren Gegenstand erlaubt sich noch jede geistes- oder gesellschaftswissenschaftliche Disziplin – und sei es eben jenes Urteil der totalen Relativierung jedes Urteilens.

Die Wissenschaften erarbeiten, wie relativiert auch immer, Urteile über ihre Gegenstände. Der Artikel prüft ein zentrales Dogma der modernen Wirtschaftswissenschaften: Gegenstand der Kritik ist die Begründung des Prinzips der „Nutzenmaximierung“. Das genießt nämlich weit über die Ökonomie hinaus einen viel zu guten Ruf, weil man mit ihm die Welt so gut anschauen kann.

Der Ausgangspunkt: Das Problem Knappheit

„Unter Wirtschaft wird der rationale Umgang mit knappen Gütern verstanden, die zur Befriedigung menschlichen Bedarfs dienen. Ist der Vorrat an Gütern hinreichend, um den gesamten darauf gerichteten Bedarf stets zu befriedigen, dann handelt es sich um freie Güter. Übersteigt dagegen der Bedarf den Vorrat an Gütern und Dienstleistungen, dann wird von knappen Gütern gesprochen. Nur diese bilden den Gegenstand der Wirtschaftswissenschaften. [...] Erforschung der Zusammenhänge bei der Verteilung der knappen Güter auf die einzelnen Individuen und Gemeinschaften [...]“ (Gablers Wirtschaftslexikon)¹

Während die klassischen Ökonomen den enormen „Reichtum der Nationen“ (Adam Smith) zu erklären suchten, den sie vor Augen hatten, beginnen die modernen Ökonomen ihre Wissenschaft bei einer allgemein menschlichen, niemals überwundenen Not – der Knappheit der Güter, welche zur Befriedigung der sie übersteigenden Bedürfnisse nie und nimmer ausreichen. Das ist bemerkenswert angesichts dessen, dass ihnen immerhin eine ungeheure Warensammlung gegenübersteht als ihrem schottischen Gründervater. Schon der erste Satz dieser Wissenschaft bespricht offenbar nicht die Erklärung des vorhandenen Reichtums und seiner Formen, ebenso wenig geht es um die Analyse der ihn begleitenden Armut. Der Anfang der modernen Ökonomie zielt nicht auf die Erklärung der realexistierenden Marktwirtschaft sondern will eine sehr tiefsinnige Frage stellen: Warum wirtschaften Menschen überhaupt und tun nicht gar nichts? Die Römer mit ihren Sklaven, die Feudalen mit ihren Knechten, Unternehmer mit ihren Lohnarbeitern wirtschaften demnach aus demselben Grund und zu demselben Zweck: Sie sind mit dem Problem der Knappheit geschlagen, ihr „Bedarf übersteigt ihren Vorrat“ und sie müssen zusehen, wie sie ihre Bedürfnisse befriedigen, so gut das im Rahmen allgemeiner Knappheit eben geht.

Einerseits darf und soll man sich von dieser überhistorischen Definition allen

Wirtschaftens an den realen Ausgangspunkt von Arbeit und Produktion erinnert fühlen: Die Natur stellt das, was wir brauchen, nicht ohne unser Zutun zur Verfügung; deswegen muss der Mensch die Natur bearbeiten und die Dinge seines Bedarfs erst herstellen. Auf diesem Weg wird Sinnstiftung für die herrschende Wirtschaftsweise betrieben – und diese Sinnstiftung ist schon fertig, noch ehe überhaupt irgendein Moment dieser Ökonomie näher betrachtet wurde: Sie diene, wie jede andere Wirtschaftsweise – auch die Sklavenwirtschaft? – der Bedürfnisbefriedigung. Das eben wäre die Frage, die eine Untersuchung des modernen Wirtschaftens mit Kapital und Arbeit zu beantworten hätte; die VWL aber gewinnt ihr theorie-konstituierendes Axiom jenseits der Analyse ihres Gegenstandes und leitet das positive Vorurteil über ihn aus der Abstraktion „Wirtschaften überhaupt“ ab.

Andererseits wird an die Notwendigkeit der Arbeit, die nützliche Dinge herstellt, sehr verfremdet erinnert, wenn das Problem Knappheit und dessen Lösung nicht Produzieren heißt, sondern „Wirtschaften“, also geschickt mit der Knappheit umgehen. „Der Bedarf übersteigt den Vorrat“, sagt das Wirtschaftslexikon. Ohne Arbeit aber gibt es gar keinen Vorrat – und nach getaner Arbeit, sollte man meinen, sind die Mittel herbeigeschafft, deren Herstellung die Arbeit sich vorgenommen hat. Vor der Produktion von Knappheit zu reden, ist abseitig, hinterher ist es erst recht absurd. Ökonomen aber lassen den nützlichen Arbeitsaufwand, der sein Ziel erreicht, und die zu befriedigenden Bedürfnisse auch als befriedigte nicht gelten. Dagegen setzen sie ihr Dogma der grundsätzlich unüberwindbaren Diskrepanz zwischen den Mitteln der Bedürfnisbefriedigung und den Bedürfnissen: „ $B > G$ “ (Bedürfnisse größer Güter).

Manche Fachvertreter argumentieren dafür, indem sie sich die Menschen mit ihren Bedürfnissen als wahre Monster der Unersättlichkeit ausmalen. Den Einwand, dass jedes Bedürfnis – Essen, Trinken, Wohnen, Unterhaltung samt der dazu nötigen technischen Hilfsmittel – sein Maß in sich hat, kontern sie damit, dass man sich nach jedem befriedigten Bedürfnis beliebig viele neue einfallen lassen könnte. Unterstellt bleibt dabei der permanente Wille, Kraft und Zeit zur andauernden Bedürfnisbefriedigung. Alles drei jedoch hat seine eigene Sorte Schranke: Niemand will alles immer wieder neu. Irgendwann ist man müde – und hat deswegen keine Lust und Kraft mehr. Und letztendlich hat ein Tag nur 24h... Andere finden diese Anthropologie des Vielfrasses unglaublich; glaubwürdig dagegen die Feststellung, dass wir unseren Bedarf mit den endlichen Ressourcen dieser Erde decken müssen – also unmöglich decken könnten.

Alle Ökonomen miteinander aber „beweisen“ ihr Dogma von der unüberwindbaren Knappheit, indem sie die Arbeit, das notwendige Mittel zur Beschaffung nützlicher Güter, als einen Minus-Nutzen vom Nutzen der Güter wieder abziehen, sodass das Produzieren wie das Verhungern nutzenmäßig gleichermaßen eine Art Nullsummenspiel ergeben. Am Anfang wie am Ende kommt die Wirtschaft zu keinem anderen Ergebnis als dem: Knappheit. Der Nutzen der Güter, Überwindung der Knappheit, wird

19

20

durchgestrichen von dem negativen Nutzen der Arbeit, Verbrauch von Ressourcen. Die Wahrheit, dass die Menschen sich entscheiden müssen, ob ihnen die Herstellung einer Sache den Arbeitsaufwand wert ist, drücken Ökonomen so aus, dass der Nutzen des Produkt den Minus-Nutzen der Mühen überwiegen muss, wenn produziert werden soll. Eine „rationale“ „wirtschaftlich motivierte Handlungsweise“ besteht ihnen zufolge darin, einen Größenvergleich zwischen dem Gewinn und dem Verlust an Nutzen durchzuführen.

Von der Nutzenmaximierung

„Die Volkswirtschaftslehre beruht auf der Annahme, dass über knappe Mittel bei alternativ möglichen Verwendungen in zweckmäßiger Weise disponiert werden soll; Überfluss macht Wirtschaften unnötig. Da sich die ökonomische Theorie nur mit wirtschaftlichen Erscheinungen befasst, geht sie von einer ökonomisch motivierten Handlungsweise aus. Sie wird in extremer Vereinfachung als sogenanntes ökonomisches Prinzip formuliert. Es bedeutet: Entweder mit gegebenen Mitteln ein maximal mögliches Resultat oder ein vorgegebenes Resultat mit einem Minimum an Mitteln zu erwirtschaften.“
(Gablers Wirtschaftslexikon, 11. Auflage 1983, Stichwort: Volkswirtschaftstheorie)

Den zweckmäßigen Arbeitsaufwand, der sich durch den Nutzen lohnt, den das Arbeitsprodukt stiftet, kennt dieser Mensch, lateinisch vornehm und gelehrt „homo oeconomicus“ genannt, einfach nicht – nicht das Produkt, sondern das gesteigerte Produkt gilt ihm als sinnvolles Ergebnis seines Wirtschaftens, und das ist ihm nicht einen zweckmäßigen Aufwand, sondern allenfalls einen verringerten Aufwand wert.

Mit seinem homo oeconomicus zeichnet das Fach das Bild eines absurden Menschen, der ausgestattet mit maßlosen Bedürfnissen und einer ebenso maßlosen Faulheit weder dem einen noch dem anderen Drang nachgehen, geschweige denn ihn befriedigen kann, sondern dauernd mit unbefriedigenden Kompromissen zwischen beiden beschäftigt ist. Das nennen Ökonomen den Nutzen maximieren, weil der ohnehin nie ausreichend zustande kommt. Ihr konstruiertes Wesen hat einen grenzenlosen Hunger nach dieser falschen Abstraktion – denn in der Wirklichkeit ist Nutzen immer der konkrete Nutzen nützlicher Dinge, von ihnen will man einmal mehr, ein anderes mal weniger. Die leere Abstraktion „Nutzen überhaupt“ aber will niemand – und schon gleich will niemand ausgerechnet davon immer mehr!

Aber das, was die unglückliche Kunstfigur der Ökonomen als Nutzen zu maximieren strebt, ist ohnehin nicht, was man gemeinhin unter diesem Wort versteht: Der Nutzen, den sie maximiert, hat nichts mit dem Gebrauch der hergestellten Güter zu tun, sondern

bezeichnet die Differenz von Aufwand und Ertrag bei ihrer Herstellung. Aus der Größe dieser Differenz, nicht aus dem Konsum des Produkts, zieht dieser Dagobert Duck seine Befriedigung.

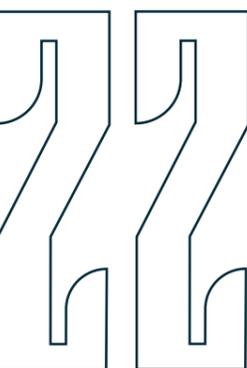
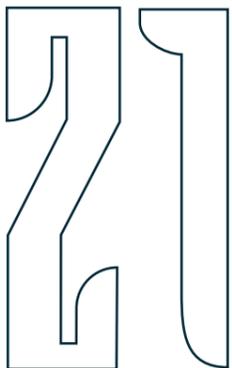
Die Quelle dieses eigenartigen Menschenbilds ist kein großes Geheimnis: Volkswirtschaftsgelehrte haben sich den Kapitalisten angeschaut und sein Treiben unheimlich vernünftig gefunden. Der freie Unternehmer befriedigt tatsächlich mit seiner wirtschaftlichen Tätigkeit keine konkreten, also auch begrenzten Bedürfnisse, sondern mehrt sein Vermögen. Im Geld, das man bekanntlich nicht essen kann, haben wir das maßlose Bedürfnis, das nie zureichend gestillt ist und für dessen Vermehrung alle Hilfsmittel leider nur endlich sind. Beim kapitalistischen Wirtschaften, wo es nicht um Bedürfnisbefriedigung, sondern um Geldvermehrung geht, wird ein Geldvorschuss getätigt, um einen Geldüberschuss zu erzielen –, und die Differenz von Kosten und Erlösen ist tatsächlich Zweck der ganzen Operation.

Die darin eingeschlossene Unterordnung der Bedürfnisbefriedigung unter dem Vorrang des Gewinns, die Abhängigkeit des ganzen Lebens von der Vorschuss-Überschuss-Rechnung der Kapitaleigner ist ein fundamentaler Einwand gegen die kapitalistische Wirtschaft. Ökonomen dagegen überzeugen sich von der höheren Vernunft derselben, indem sie sich einen Menschen schaffen, der zu ihr passt und nach ihr ruft: Dazu entkleiden sie das kapitalistische Wirtschaftssubjekt seiner – durchs Geld definierten – Ziele und Kalkulationen, sowie seiner Mittel, versetzen den Profitmaximierer in eine Welt der Gebrauchswerte, der Bedürfnisse und der Arbeit. Schon wird nicht mehr der Profit, sondern der Nutzen maximiert; und das Ziel, aus Vermögen immer mehr zu machen, erscheint als ein Gebot der Bedürfnisbefriedigung.

Einen gewissen Preis zahlen die Ökonomen für die Schöpfung ihres Zwitterwesens schon: Nichts stimmt mehr.

Der homo oeconomicus passt weder in die Welt von Bedürfnis und Arbeit noch in die der Geldvermehrung und Rendite. Wer durch zweckmäßige Arbeit die Mittel der Bedürfnisbefriedigung herbeischafft, maximiert nichts; und wer den Profit maximiert, hat weder Bedarf noch Knappheit zum Ausgangspunkt, vielmehr ein Vermögen, das größer werden soll. Aber die Ökonomen bezahlen den Preis gerne: So absurd muss eben die Menschennatur beschaffen sein, aus der sich die freie Marktwirtschaft als der ihr angemessene Lebensraum deduzieren lässt.

Das Grundproblem der Knappheit und das Grundmotiv der Maximierung werden dem Publikum nicht ernsthaft bewiesen; sie sollen, wie alle Grundannahmen über den Menschen, unmittelbar einleuchten, plausibel sein. Tatsächlich wird damit an die Praxis kapitalistischer Wirtschaftsbürger appelliert: Sie haben ihre Erfahrungen mit der Knappheit und wissen, dass sie immer mehr wollen, als sie kriegen.



WERBEBLOCK

Die einen, weil sie stets zu wenig verdienen für die Bedürfnisse, die der Kapitalismus mit seinem immerzu wachsenden Warenangebot bei ihnen weckt. Ihre Knappheitserfahrung kommt daher, dass ihr geringes Einkommen es ihnen nicht erlaubt, sich den angebotenen, also vorhandenen Überfluss zugänglich zu machen. Das Ganze kennt nur einen Schluss: Arbeiten gehen für Geld ist ihre einzige sinnvolle ökonomische Tätigkeit, auch wenn sie sicherlich ihre Knappheitserfahrung nie überwinden wird.

Die anderen, denen es an nichts fehlt, weil ihr Erwerb gleich auf Geld und Vermögen gerichtet ist, von dem man eben nie genug haben kann. Ihre ökonomische Praxis ist damit auch unmittelbar gerechtfertigt: Sie betreiben Nutzenmaximierung per se. Die höchste Form des Wirtschaftens überhaupt und jemals!

Ihre sehr unterschiedlichen „Knappheits“-Erfahrungen sollen die Leute sich nicht erklären, sondern als Grundtatbestand ihres Menschseins akzeptieren, um sich damit das Wirtschaften zu erklären, das ihnen die Erfahrung der Knappheit beschert. Ein schöner Zirkel!

In diesem Sinn re-konstruieren die Volkswirtschaftsgelehrten den ganzen Kapitalismus als einen zweckmäßigen Sachzwang, der die Menschen zum rationalen Umgang mit knappen Ressourcen anreizt und zwingt. Ihnen kommt es ganz natürlich vor, dass die Wirtschaft, d.h. der Sektor, in dem Überfluss durch Produktion erzeugt wird, sich durch lauter Instrumente zur Beschränkung der Bedürfnisse und einen effektiven Zwang zur Arbeit zwecks Vermehrung von Kapital auszeichnet.

Das wird dann auch der ganze Nutzen dieser Wissenschaft für diese Gesellschaft sein...

- 1 <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/wirtschaftswissenschaften-48113>



In der platten Ebene erscheinen auch Erdhaufen als Hügel; man messe die Platitude unsrer heutigen Bourgeoisie am Kaliber ihrer 'großen Geister'.

KARL MARX: DAS KAPITAL, BAND I, MEW 23, S. 541. 1867

Vom ästhetischen Gefühl aus ist vielleicht das Auffallendste und Peinigendste an der Erscheinung der Hochschule: die mechanische Reaktion, mit der die Hörschaft dem Vortragenden folgt. Dies Maß von Rezeptivität könnte nur durch eine wahrhaft akademische oder sophistische Kultur des Gesprächs aufgewogen werden. Davon sind auch die Seminare durchaus entfernt, die sich hauptsächlich ebenso der Vortragsform bedienen, wobei es wenig verschlägt, ob Lehrer oder Schüler sprechen.

WALTER BENJAMIN: DAS LEBEN DER STUDENTEN. 1915

Wie ein stoischer Sklave glaubt der Student sich umso freier, je mehr alle Ketten der Autorität ihn fesseln. Genau wie seine neue Familie, die Universität, hält er sich für das gesellschaftliche Wesen mit der größten "Autonomie", während er doch gleichzeitig und unmittelbar von den zwei mächtigsten Systemen der sozialen Autorität abhängt: der Familie und dem Staat. Er ist ihr ordentliches und dankbares Kind.

SITUATIONISTISCHE INTERNATIONALE: ÜBER DAS ELEND IM STUDENTENMILIEU. 1966

Politische Agitationsarbeit ist niemals vergeblich.

LENIN: DIE STUDENTENBEWEGUNG UND DIE GEGENWÄRTIGE POLITISCHE LAGE. 1908

So ist der Gelehrtenstand die vom Staat gekaufte und organisierte leibhaftige Widerlegung zersetzender Wahrheiten.

Mit seiner Ausbildungstätigkeit legt er auch jeden nachwachsenden Verstand auf konstruktive Gesinnung statt Erkenntnis fest.

MARXISTISCHE GRUPPE: DIE JOBS DER ELITE. EINE MARXISTISCHE BERUFBSBERATUNG. 1987

Das sind die Wechseljahre des Geistes. Alles, was sich heute in den Amphitheatern der Schulen und Fakultäten abspielt, wird in der zukünftigen revolutionären Gesellschaft als gesellschaftlich schädlicher Lärm verurteilt. Schon jetzt bringt der Student alle zum Lachen.

SITUATIONISTISCHE INTERNATIONALE: ÜBER DAS ELEND IM STUDENTENMILIEU. 1966



new critique

Phase 2

Zeitschrift gegen die Realität

www.phase-zwei.org

SEXISMUS AN DER HOCHSCHULE UND WARUM ER NICHT WEGGEHT

Leni N.

Wird man an der Uni für eine Frau gehalten, erfährt man Sexismus in verschiedensten Formen. Sei es der Professor, der einem bei der Hausarbeitsbesprechung abschweifend erklärt, dass er es „nicht schlimm findet, wenn Frauen Röcke und Kleider tragen“ und die Sache mit der gleichen Behandlung der Geschlechter sowieso Schwachsinn sei, weil: „Wer will denn schon Pissoirs auf dem Damen-WC?“, oder, wenn einem bei der näheren Betrachtung der Repräsentation verschiedener Wissenschaftler in den Syllabi auffällt, dass sich dort weit mehr Autoren als Autorinnen finden lassen. Immer wieder sehen sich Studentinnen in Situationen, in denen sie mit der Position des ihnen zugeordneten Geschlechts innerhalb der bestehenden gesellschaftlichen Umstände konfrontiert werden. Dass diese sich selten auf angenehme Weise offenbart, darüber sind sich Frauen weitgehend einig – vor allem solche, die sich „emanzipiert“ nennen.

1. Die soziale Rolle der Frau und die Verfügung des Staates über ihren Körper

Das traditionelle Konzept der sozialen Rolle, welche die Frau zu erfüllen habe, einfach weil sie eine Frau ist, wird zwar vielseitig kritisiert und provoziert. Entsprechende Gesetzesentwürfe lassen aber auf sich warten: So wurde die innereheliche Vergewaltigung in der BRD erst im Jahre 1997 zur Straftat erklärt.¹ Der Staat mischt sich auch in den Streit um den Körper der Frau, insbesondere ihre Reproduktionsorgane, ein. Etwa indem er das Zeigen bestimmter Körperteile, wie die Brustwarze, immer wieder für strafrechtlich verboten erklärt.² Oder wenn er in einem Gesetzestext, unter dem Titel „Straftaten gegen das Leben § 218 Schwangerschaftsabbruch“, seinen Besitzanspruch, an dem Unterleib der Frau und alles was in ihm wächst, wie folgt klarmacht: „(1) 1. Wer eine Schwangerschaft abbricht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. 2. Handlungen, deren Wirkung vor Abschluss der Einnistung des befruchteten Eies in der Gebärmutter eintritt, gelten nicht als Schwangerschaftsabbruch im Sinne dieses Gesetzes.“³ „Insgesamt dauert es von der Befruchtung bis zur abgeschlossenen Einnistung etwa sieben bis acht Tage.“⁴ Der Staat macht demnach spätestens am 8. Tag nach dem ungeschützten Geschlechtsverkehr sein Verfügungsrecht über den weiblichen Körper geltend. Zwar ist es im Alltag, vor allem bei Akademikern, mittlerweile verpönt Besitzansprüche an den weiblichen Körper zu stellen, doch der Staat selbst tut es bis heute ganz fundamental. Die Frau hat also auch heute noch genügsam sowie konfliktschlichtend- nicht suchend zu sein. Über häusliche Fähigkeiten und einen Kinderwunsch sollte sie im besten Falle natürlich auch verfügen. Sie ist Mutter, sie ist Hausfrau. Und beide Berufe übt sie seit jeher ganz pflichtbewusst für die Familie aus. Auf die Fälle, in denen Frauen sich tatsächlich nicht den gesellschaftlichen Vorstellungen ihrer sozialen Rolle entsprechend verhalten, soll später noch eingegangen werden. Erst wird sich dem traditionellen Fall gewidmet. Dass die traditionelle Vorstellung von Frau-Sein nicht in Führungspositionen oder Lehrstühle von Universitäten passt, allein schon, weil es den Frauen, wegen ihrer Reproduktionsarbeit für die ganze Familie, schlicht an den Kapazitäten für einen zweiten Vollzeitjob fehlt, ist logisch. Wenn schon der Mann abends nach



Straßen
aus
Zucker

**DIE ANTIATIONALE BRAVO
KOSTENLOS BESTELLBAR
ÜBERALL HIN LIEFERBAR
LEICHT VERSTÄNDLICH**

KARIES FÜR DEUTSCHLAND



der Lohnarbeit völlig geschafft nach Hause kommt und zu müde ist für sich selbst zu kochen, wie könnte dies dann jemand leisten, die nebenher auch noch Kinder erzieht und einen Haushalt führt. Die Familie in der bestehenden politischen Ökonomie ist kein Zufallsprodukt.⁵ Sie ist so gewachsen, wie die materiellen Verhältnisse es zuließen. Papa geht für das Kapital arbeiten, Mama bleibt Zuhause, erzieht die Kinder und sorgt dafür, dass Papa morgens dann wieder arbeiten gehen kann – und das nennt sich dann „die wahre Liebe“. Welch glücklicher Nebeneffekt wäre es denn auch, wenn der Arbeiter nach der Ausbeutung im Job ganz zufälligerweise Zuhause nach einem Konzept von Familie lebt, die Erschöpfungsbewältigung und Reproduktionsarbeit privat leistet. Und das auch noch unentgeltlich – Win-Win, zumindest für Staat und Kapital.

Nun versuchen Frauen immer wieder, sich aus der Rolle, die die Gesellschaft für sie vorgesehen hat, zu emanzipieren. An den Hochschulen finden sich vielerlei politische Gruppen und Vereine, einige davon explizit feministisch, andere zumindest implizit. Sexistisches Verhalten, wenn es entdeckt wird, stößt demnach an Hochschulen auf Widerstand; es wird als Problem betrachtet.⁶

2. Sexismus an der Hochschule

Auch in der Wissenschaft gibt es Sexismus. Beispielsweise bei der „Mutter der Wissenschaften“, der Philosophie. Hier ist der prekäre Gender Gap in der Repräsentation von verschiedenen Wissenschaftlern, beachtlich. Sei es die antike Philosophie, samt Aristoteles, Platon oder Sokrates, oder die modernere Kontinentalphilosophie Nietzsches', Hegels', Kants' u.v.m. – Die „Großen Werke“ stammen allesamt aus männlicher Hand. Philosophinnen wie Simone De Beauvoir oder Hannah Arendt (sofern sie denn vom philosophischen Seminar überhaupt als solche anerkannt werden), sind weitgehend, wenn überhaupt, in gesonderten Seminaren anzutreffen. Das Argument, das nach Konfrontation mit Dozenten bezüglich dieses moralischen Problems aufkommt, ist stets das Gleiche: Man bezöge sich auf die philosophische Geschichte und dessen Große Denker – hier hätten Frauen historisch keine große Rolle gespielt. Und das ist tatsächlich nicht einmal gelogen. Dass es tatsächlich Frauen gegeben hat, die Wesentliches zum wissenschaftlichen Diskurs zu sagen hatten, dafür ist Anna Laetitia Barbauld das Paradebeispiel; eine Dichterin die seit dem 18. Jahrhundert erfolgreich war und im 20. Jahrhundert in Vergessenheit geriet, bis sie im Rahmen der feministischen Literaturtheorie wiederentdeckt wurde. Jedoch ist diese Repräsentation der historischen Unbeliebtheit der Frau als starke, intelligente, autonome Rolle kein Zufall, sondern Ausdruck der Manifestation der sozialen Rolle der Frau als Reproduktionsarbeiterin für den Kapitalismus.

Für das Sexismus-Problem an den Hochschulen gibt es – sowohl von feministischen Studenten als auch von Seiten der Hochschulverwaltung – einige Lösungsvorschläge: Ein kritischer Umgang mit dem „Gender Gap“ und sexistischen Figuren in der Wissenschaftsgeschichte, wenn nicht sogar die Verbannung dieser, wird gefordert.

Unter anderem im Fachbereich Geschichte wird es einem außerdem zum Verhängnis, wenn man in seinen Studien- oder Prüfungsleistungen das Gendersternchen vergisst. Im Namen der „Stabstelle Gleichstellung“ der Universität Hamburg wird jedes Semester eine Philosophiestudentin zur Gewinnerin des Preises für die beste Hausarbeit gekürt, ganze 75 Euro kann Frau hier absahnen.⁷ Die Problematik, die sich solchen Lösungsvorschlägen offenbart, ist zum einen die, dass die Universitäten des Kapitalismus, wie in anderen Artikeln dieser Zeitschrift bereits weitergehend analysiert wurde, keine Einrichtungen im Interesse von „Lehre, Bildung, Forschung“ im Namen des Menschen darstellen, sondern Ausbildungsstätte und Wissenschaftsorgan von Staat und Kapital. Die Forschung, die tatsächlich nicht direkt im Dienste des Profits steht (also nicht entweder von einer Firma selbst in Auftrag gegeben, oder aber in dem Interesse verfolgt wird, irgendwann daraus Profit zu schlagen) befindet sich im ständigen Kampf um finanzielle Mittel.

3. Frauenkampf ist Klassenkampf

Die Befreiung der Frau vom Zwang ihrer sozialen Rolle ist nicht mit dem Interesse des Kapitals zu vereinbaren. Und wenn es doch mal eine freche Frau schafft, aus der Bahn zu tanzen, dann doch immer nur in dem Rahmen, in dem sich der Ausbruch verkaufen lässt. Demnach gibt es sogenannte Karriere-Muttis oder auch kinderlose Businessfrauen, welche „die Glasdecke durchbrochen haben“ und sich selbst emanzipiert und glücklich schimpfen. Das traditionelle Bild der Frau haben sie abgelegt und sich von den Männern unabhängig gemacht. Sie sind meistens keine Hausfrauen, oder stellen sogar selbst (meist migrantische) Frauen als Haushaltshilfen ein, und haben es im Berufsleben „zu etwas gebracht“ – ob nun mit oder ohne Kind. Das unentgeltliche soziale „Anstellungsverhältnis“ der Frau in der Familie, in Form von Putzen, Kochen, Erziehen und dem generellen Reproduzieren, ist einem bezahlten Verhältnis gewichen oder hat sich dem hinzugefügt. Zum Problem wird dies erst, wenn der Staat merkt, dass ihm die Bevölkerungsreproduktion zu sehr abflacht, da Frauen aufgrund ihrer Jobs ihrer primären Aufgabe in der Geburtsmaschinerie nicht nachgehen können. Bis das nicht geschieht, oder der Konservatismus nicht seine Wege findet die Frau wieder in die Rolle der Mutter zu zwängen, ist dies dem Staat nur recht. Für ihn bedeutet dies: Eine Arbeitskraft mehr. Dass diese Emanzipation der Frau aus der Rolle der Reproduktionsgehilfin in die Rolle der Arbeitskraft also kein Fortschritt in Bezug auf die Abschaffung der Ursachen von Sexismus sind, muss klar sein. Sie ist lediglich das Brechen mit ihrer sozialen Rolle im Formalen, im Anstellungsverhältnis. Doch wird einem auch jede Businesswoman bestätigen können, dass Businessmen in der Regel nicht die emanzipiertesten Geister sind und den erfolgreichen Frauen der Sexismus also auch nicht im Bürosessel erspart bleibt. Was die moderne Frau geschafft hat ist aber, sich zumindest in einem ähnlichen Sinne dem Kapital als Produktivkraft anzubieten, wie es vorher bloß Männern vorbehalten war. Der soziale Kampf, den Frauen seit Jahrhunderten gegen das Patriarchat führen,



ist unerbittlich. Eine gesetzliche Tür eröffnet zu haben, sich potenziell auch ohne einen Ehemann eine Existenz im Kapitalismus aufzubauen zu können, bedeutet für viele Frauen erstmals den Zugang zu Bildung. Arbeitskräfte müssen schließlich geschult werden. Dieser bescheidene Handlungsspielraum ist es jedoch, der vielen Frauen ermöglicht, sich erstmals auch politisch zu bilden und zu organisieren, gegen den Staat, das Patriarchat und das Kapital. Was aber niemals außer Acht gelassen werden darf ist, dass auch der Kampf der Frau im Kapitalismus ein proletarischer Kampf ist. Demnach kann mit den Verhältnissen, welche sie als Frau knechten, nur gebrochen werden, wenn der Klassegegensatz aufgehoben ist. Erst wenn der kapitalistische Staat und seine bürgerlichen Ideologien abgeschafft sind, kann man sich der großen Aufgabe widmen, dem Sexismus den Garaus zu machen. Bis das jedoch nicht geschehen ist, wird der Kampf gegen den Sexismus stets bloß ein Trommeln auf Pauken sein. Eine falsche Empörung über das angebliche Vergehen an einem moralischen Kodex. Doch gibt es so einen Kodex nicht. Was es aber gibt ist das, was sich uns offenbart: Menschen verhalten sich sexistisch. Der Sexismus ist demnach kein „Fehler im System“, kein Ausrutscher von Sexisten, er ist ganz einfach systemimmanent. Er ist im Gesamtpaket enthalten. Die materiellen Verhältnisse des Kapitalismus haben den Sexismus, in der Form, in der er heute vorzufinden ist, hervorgerufen und nur seine Abschaffung kann ihm die Grundlage nehmen.

- 1 „Das Gesetz, das Vergewaltigungen in der Ehe zur Straftat machte, trat erst am 1. Juli 1997 in Kraft, vor nun 20 Jahren; im Bundestag angenommen mit 470 zu 138 Stimmen bei 35 Enthaltungen.“, <https://www.sueddeutsche.de/leben/sexuelle-selbstbestimmung-als-vergewaltigung-in-der-ehe-noch-straf-frei-war-1.3572377>
- 2 <https://www.stern.de/panorama/gesellschaft/-freethenip-ples-die-angst-vor-der-brustwarze-3156430.html>
- 3 <https://www.buzer.de/s1.htm?g=StGB&a=218-219b>
- 4 <https://medela-family.de/schwangerschaft/kinderwunsch/einnistung/>
- 5 So analysierte bereits Engels 1884, dass „je weiter die Zivilisation fortschreitet, je mehr ist sie genötigt, die von ihr mit Notwendigkeit geschaffenen Übelstände mit dem Mantel der Liebe zu bedecken“. Demnach ist die Familie kein natürliches Phänomen, sondern ein gesellschaftliches Konstrukt: das Einrichten der Proletarier in den Umständen des Ausgebeutetwerdens durch die Kapitalisten. Friedrich Engels – „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“ in: Karl Marx/Friedrich Engels – Werke, Band 21, S. 172.
- 6 https://www.zeit.de/campus/2018/02/universitaeten-probleme-ungleichheit-diskriminierung-erfahrungen/seite-4?utm_referer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F
- 7 <https://www.uni-hamburg.de/gleichstellung/gleichstellung/datenbank/personal/swip-hausarbeitenpreis.html>



„GUTE ARGUMENTE REICHEN NICHT, WIR MÜSSEN UNS ZUSAMMEN- SCHLIESSEN“

Ein Interview mit der Initiative TVStud über ihren Kampf um einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte

Könnt ihr kurz erläutern seit wann die Initiative TVStud besteht und warum sie sich gegründet hat?

Ludwig: Vor knapp einem Jahr sind wir als kleine Gruppe von nur einer Hand voll Leuten gestartet. Wobei man eigentlich „neu gestartet“ sagen müsste, denn seit Jahren gab es immer wieder studentische Hilfskräfte (SHKs) und Tutor*innen, die sich für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen eingesetzt haben.

Heidi: Unter uns studentischen Beschäftigten sind schlechte Arbeitsbedingungen leider sehr normalisiert, nach dem Motto „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“. Dabei gibt es viele gravierende Probleme: Zum Beispiel liegt unser Stundenlohn derzeit bei 10,77€ (UHH) und damit gut 15 Prozent unter dem der studentischen Angestellten in der Verwaltung und rund zehn Prozent unter dem durchschnittlichen Stundenlohn von Studierenden in Hamburg. Das ist an sich ärgerlich genug, führt aber auch dazu, dass sich manche Studis einen Job als SHK oder Tutor:in, die als erster Schritt auf der akademischen Karriereleiter gepriesen werden, nicht leisten können und strukturelle Ungleichheiten so im Wissenschaftssektor reproduziert werden. Außerdem sind drei Viertel unserer Arbeitsverträge auf nur zwei bis sechs Monate befristet. Das macht nicht nur das Mieten einer Wohnung schwieriger, sondern führt auch dazu, dass viele von uns zum Beispiel Krankheits- und Urlaubszeiten nacharbeiten, um die Verlängerung ihrer Beschäftigung sicherzustellen.

Ludwig: Als SHK oder Tutor:in hat man in Hamburg leider noch keine institutionalisierte Möglichkeit des Austausches oder der Interessensvertretung. Deshalb haben wir uns entschieden uns gemeinsam zu organisieren und uns für einen Tarifvertrag (TV) einzusetzen, da für uns nur so angemessene Entlohnung und bessere Arbeitsbedingungen rechtssicher und dauerhaft erreicht werden können. Unsere Bewegung in Hamburg ist dabei kein Einzelfall – bundesweit werden immer mehr studentische Beschäftigte aktiv. In Berlin wurde bereits vor zwei Jahren ein neuer TVStud erkämpft, und mittlerweile sind TVStud-Initiativen in Bremen, Erlangen, Göttingen, Leipzig und vielen anderen Städten entstanden.

Was waren eure bisherigen Aktivitäten hier in Hamburg?

Heidi: Gestartet sind wir vergangenes Jahr mit einer Auftaktkonferenz, bei der wir unser Projekt vorgestellt haben. So haben wir viele studentische Beschäftigte aus verschiedenen Hochschulen, Fakultäten und Einrichtungen erreicht. Seitdem gibt es neben

Website: www.tvstud-hamburg.de &
www.wissenschaft-prekaer.org

Telegram: t.me/TVStudHH

Facebook: [@TVStudHH](https://www.facebook.com/TVStudHH)

Instagram: [@TVStud_HH](https://www.instagram.com/TVStud_HH)

Twitter: [@TVStud_HH](https://twitter.com/TVStud_HH)

Treffen: Jeden Mittwoch um 17 Uhr online
(Zugangsdaten können über das Kontaktformular
auf der Website angefragt werden)

<https://www.tvstud-hamburg.de/mach-mit-die-naechsten-termine/>

29

30

unserem wöchentlichen Treffen dezentrale Gruppen, die in ihren Bereichen selbstständig aktiv sind und mit ihren Kolleg:innen vor Ort ins Gespräch kommen und sie informieren. Zusätzlich starten wir auch öffentliche Aktionen, um auf die Politik Druck auszuüben, denn die hat es in der Hand, wie es mit unseren Arbeitsbedingungen weitergeht. Zu nennen wäre da etwa unser unangekündigter, lautstarker Besuch bei der Wissenschaftsbehörde Anfang des Jahres im Rahmen der Kampagne „Hamburg – Stadt der prekären Wissenschaft“, bei dem wir am Ende im Büro der Wissenschaftssenatorin unsere Forderungen vortragen konnten. Ansonsten beteiligen wir uns an Bündnisaktionen, wie dem Frauen*streik am 8. März oder der Demonstration für ein Solidarsemester vor dem Rathaus.

Ludwig: Wir arbeiten basisdemokratisch und die Gruppen in den einzelnen Fachbereichen agieren unabhängig als Expert:innen für ihren Arbeitsort. Es gibt vielfältige Beteiligungsformen, sodass sich alle nach ihren Möglichkeiten in unsere gemeinsame Arbeit für einen Tarifvertrag einbringen können. Wir verstehen uns dabei als Teil einer sozialen Bewegung, wenn wir für strukturelle Verbesserungen von Arbeitsbedingungen und mehr demokratische Mitsprache der Beschäftigten kämpfen. Das Mindeste, was jede:r SHK und Tutor*in dabei machen kann, ist Mitglied in den Gewerkschaften Ver.di und GEW zu werden. Denn gemeinsam mit diesen verhandeln wir am Ende den Tarifvertrag. Je mehr Leute wir sind, desto mehr Macht haben wir, um starke Forderungen gegenüber der Stadt Hamburg durchzudrücken.

Du sprichst die Gewerkschaften an. Wie läuft denn eure Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften?

Ludwig: Da in Deutschland nur Gewerkschaften Tarifverhandlungen führen dürfen, sind wir sehr früh mit der Ver.di in Kontakt getreten. Obwohl viele Abläufe in unserer Gruppe anders funktionieren als in traditionellen Gewerkschaften schätzen wir den Austausch und die Unterstützung sehr. Zum Beispiel legen wir viel Wert auf Selbstorganisation und wollen weniger Stellvertreter:innenpolitik machen. So haben wir etwa noch keine Details unserer Tarifforderung, wie etwa die Lohnforderungen festgelegt, sondern wollen diese erst zu einem fortgeschritteneren Zeitpunkt mit allen Aktiven gemeinsam erarbeiten.

Heidi: Wir arbeiten überwiegend mit Ver.di zusammen, erhalten aber auch Unterstützung von der GEW. Sei es durch Bildungsangebote wie Schulungen und Workshops, durch finanzielle Unterstützung wie Übernahme von Materialkosten oder durch persönliche Kontakte und Netzwerke in die Politik und an den Hochschulen. Von der Zusammenarbeit profitieren alle Seiten und mit den beiden Gewerkschaften haben wir starke Partner mit viel Erfahrung in solchen Auseinandersetzungen an unserer Seite.

In welchem Verhältnis zu den anderen Angestellten der Universität seht ihr euch als studentische Hilfskräfte?

Heidi: Wir sind solidarisch mit den anderen Beschäftigungsgruppen an den Unis und Hochschulen, die sehr oft unter ähnlich prekären Bedingungen arbeiten. So sind zum Beispiel an der Universität Hamburg nur weniger als fünf Prozent der wissenschaftlichen Mitarbeiter:innen unbefristet beschäftigt. Unter den Frauen beträgt der Anteil sogar nur 1,6%. Diese traurige Perspektive für eine Weiterbeschäftigung in der Wissenschaft nach der SHK- oder Tutor:innen-Stelle trägt mit dazu bei, dass wir uns weder jetzt noch zukünftig mit schlechten Arbeitsbedingungen zufriedengeben wollen.

Ludwig: Doktorand:innen, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und andere Beschäftigte aus dem akademischen Mittelbau organisieren sich in der Mittelbau Initiative, um ähnlich wie wir für eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen zu streiten. Wir

tauschen uns regelmäßig aus und haben gemeinsam zum Beispiel die Kampagne „Hamburg – Stadt der prekären Wissenschaft“ gestartet. Diese Kampagne wurde auch von Professor*innen der verschiedenen Hochschulen unterstützt. Da wir unser Bemühen als Teil einer allgemeinen sozialen Bewegung begreifen, sind wir über die Uni hinaus auch im Hamburger Netzwerk Arbeitskämpfe aktiv, tauschen uns aus und arbeiten dort solidarisch mit Beschäftigten aus verschiedenen Arbeitsbereichen zusammen.

Welche Erfahrungen habt ihr mit städtischer Politik und Universitätsleitung gemacht?

Ludwig: Wie die meisten anderen Arbeitgeber auch, ist die Stadt Hamburg darauf bedacht bei Ausgaben für die Beschäftigten möglichst zu sparen. Im bisherigen Austausch erleben wir immer wieder ein gegenseitiges Hin- und Herschieben der Verantwortung zwischen der rot-grünen Stadtregierung und den Universitäten und Hochschulen. Während die Hochschulleitungen sich über mangelnde Grundfinanzierung beschweren, bestehen sie gleichzeitig wegen vorgegeblicher Sachzwänge auf die kurzen Befristungen der Arbeitsverträge. Dass das nur vorgeschobene Argumente sind, die uns ruhigstellen sollen, zeigt das Beispiel Berlin: Auch mit der dortigen Mindestlaufzeit von zwei Jahren für die Verträge von studentischen Beschäftigten ist der Hochschulbetrieb nicht zusammengebrochen, sondern funktioniert weiterhin problemlos. Es mangelt also nur am Willen SHKs und Tutor:innen als vollwertige Arbeitnehmer*innen mit gewissen Rechten anzuerkennen. Stattdessen werden wir in Hamburg wie Bürobedarf als „Sachmittel“ abgerechnet.

Heidi: Die Politik hingegen schiebt häufig durch den Verweis auf die Autonomie der Hochschulen die Verantwortung von sich. Wir hatten bereits ein persönliches Gespräch mit der Wissenschaftssenatorin und zweiten Bürgermeisterin Katharina Fegebank (Bündnis 90/Die Grünen), bei dem sie uns zwar viel Verständnis entgegengebracht hat, aber keine Verbesserungen in Aussicht stellen wollte. Wir werden weiterhin das Gespräch mit der Politik und den Hochschulleitungen suchen, doch es wird aus unseren Erfahrungen immer deutlicher, dass gute Argumente nicht ausreichen und wir nur als starker Zusammenschluss der studentischen Beschäftigten Verbesserungen erringen werden.

Und wie kann man euch unterstützen?

Heidi: Alle studentischen Hilfskräfte und Tutor:innen, die sich gemeinsam mit uns für ihre Interessen einsetzen wollen, sowie Unterstützer:innen sind eingeladen mitzumachen. Nehmt am besten über unsere Kanäle Kontakt zu uns auf, oder noch besser: Kommt direkt bei unserem wöchentlichen Treffen vorbei und lernt uns kennen. Wir treffen uns jeden Mittwoch um 17:00 Uhr im Café Knallhart (pandemiebedingte Änderungen im Laufe des Semesters möglich).

Das Interview führte ein Mitglied des AStAs.



GENDER STUDIES IN HAMBURG

Referat für Antidiskriminierung im AStA

EIN BERICHT ÜBER DIE ENTWICKLUNG DER GENDER STUDIES, ANTIFEMINIS- MUS UND ORGANISIERTE GEGENWEHR

Das Zentrum für Gender & Diversity (ZGD) befindet sich im ersten Stock eines flachen Gebäudes in der Monetastraße beim Schlump. Beim Betreten führt die Tür in einen Flur, von dem unterschiedliche Räume abgehen. So auch die Räume der Bibliothek für Frauenforschung, Gender- und Queer-Studies, die öffentlich zugänglich und entsprechend für alle Interessierten offen sind. Die warmen Farben des Ortes mitsamt der schönen Fenster und dem Holzboden laden zum Schmökern in Büchern ein. Dort findet sich eine Literatursammlung feministischer Theorie, beispielsweise interdisziplinäre Theorien zu Geschlechterverhältnissen, kritischer Männlichkeitsforschung oder Lebens- und Beziehungsformen. Gleichzeitig ist es möglich, sich an einen Arbeitsplatz zu setzen, um dort zu arbeiten und zu verweilen. Folgender Artikel gibt einen Einblick in die Geschichte der Gender Studies. Außerdem wird dargestellt, inwiefern der gesellschaftliche Zuwachs von antifeministischen Tendenzen Gender Studies zusehens unter Druck setzt. Daran anknüpfend werden Möglichkeiten aufgezeigt, sich diesen entgegenzustellen.

Die Entwicklung der Gender Studies und des Zentrums für Gender & Diversity

Als das ZGD in den 80ern gegründet wurde, formulierte es die Kritik des geringen Frauenanteils, sowie den Mangel von Frauenthemen in der Wissenschaft. Dieser Anspruch mündete später, getragen von emanzipatorisch-feministischen Bewegungen, in einer eigenen Wissenschaft, die heute als Gender Studies oder auch Gender- und Queer-Studies bekannt ist. Der Begriff Frauen trat dabei zugunsten einer inklusiveren Form in den Hintergrund. Entsprechend wird aktuell zusätzlich von Gender und Queerness gesprochen. Gender Studies betrachten, wie sich bestimmte Zuschreibungen und damit auch Erwartungen von Geschlecht und sexueller Orientierung gesellschaftlich herausbilden konnten. Der Begriff gender bezeichnet das soziale Geschlecht, welches den Untersuchungsgegenstand der Gender Studies bildet. Unterschieden davon wird sex als das biologische Geschlecht. Durch diese soziale Strukturierung unterliegen Bedeutungszuweisungen und Wahrnehmungen von Geschlecht und Sexualität ebenfalls gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Gender Studies beschäftigen sich mit Themen, die in anderen wissenschaftlichen Disziplinen lange unbeachtet blieben oder beleuchten deren Forschungserkenntnisse unter kritisch-feministischen Gesichtspunkten. Daher lassen sich Gender Studies auch als eine Wissenschaft auffassen, welche das bisherige Wissen sowie gesellschaftliche Normen mit kritischem Blick hinterfragt und prüft. Diesen Grundannahmen der feministischen Gender-Forschung folgt auch das Zentrum für Gender & Diversity. Der neue Namenszusatz Diversity weist überdies auf die Einbeziehung von Vielfalt und Dimensionen gesellschaftlicher Ungleichheiten hin. Das Ziel, gender-bezogene Forschungsprojekte und -ansätze sichtbar zu machen und zu unterstützen, ebenso wie die Funktion der Vernetzung und des Austauschs, ist seit der Gründung bis heute eins der zentralen Anliegen des ZGDs. Auch extrauniversitäre Veranstaltungen, Projekte und Beratungen werden vom ZGD organisiert oder vermittelt. Als hochschulübergreifende Forschungseinrichtung in Hamburg dokumentiert

das Zentrum Lehr- und Lernveranstaltungen zu Gender- und Queer-Studies und fasst diese in einem sogenannten Tableau zusammen. Dieses Lehrtableau ermöglicht Studierenden, Veranstaltungen interdisziplinär und hochschulübergreifend zu besuchen, was nicht nur im freien Wahlbereich anrechenbar ist, sondern überdies eine Zertifizierung in bestimmten Kompetenzbereichen ermöglicht. Prominent zu nennen ist hier die Veranstaltungsreihe Jenseits der Geschlechtergrenzen, welche ebenfalls als Bestandteil des Zertifikates anerkannt werden kann.

#metoo, Cancel Culture und Antifeminsimus – Gender in aktuellen Debatten

Während das ZGD sich also schon seit über 3 Jahrzehnten mit geschlechtsspezifischer Ungleichheit beschäftigt, ist aktuell eine zunehmende Polarisierung hiervon im öffentlichen Raum zu beobachten. So etwa durch #metoo oder aktuell anhand von Debatten um Cancel Culture, also der Frage, ob Menschen aus öffentlichen Kontexten ausgeschlossen werden sollten, die sich übergriffig oder/und diskriminierend verhalten haben. Hierbei zeichnet sich immer wieder ab: Gender Studies sind umkämpft. Gegner:innen versuchen, der Forschungsdisziplin ihre Wissenschaftlichkeit und Berechtigung abzuspüren. Die selbsternannten Kritiker:innen der Gender Studies sind dabei oftmals motiviert durch den Wunsch nach der Aufrechterhaltung einer Ordnung, die eine strukturell diskriminierende Rollenverteilung als natürlich markiert. Dazu zählen beispielsweise die Einteilung in exakt zwei, voneinander klar abgrenzbare Geschlechter (Mann und Frau), und wobei die Frau oft als untergeordnet angesehen wird. Sowohl Geschlechtsidentitäten als auch Beziehungsformen, die der heterosexuellen Paarbeziehung nicht entsprechen, werden außerdem enorm abgewertet. Da sich die Erkenntnisse der Gender Studies primär einer sozial- und geisteswissenschaftlichen Herleitung bedienen, glauben die Gegner:innen ihnen Unwissenschaftlichkeit nachweisen zu können. Die Argumentation basiert auf der Annahme, dass biologisch nur zwei Geschlechter existieren würden. Andere Interpretationen von Biologie und Gender werden dementsprechend außen vor gelassen. Dadurch soll festgelegt werden, welches Wissen richtig beziehungsweise wichtig und welches falsch beziehungsweise unwichtig ist, um den klassischen Geschlechterrollen unhinterfragte Gültigkeit zu verleihen. Dementsprechend kann die Ablehnung von Gender Studies als Angriff auf die Freiheit der Forschung und auf spezifische Wissenschaftsprinzipien, sowie kritische Ansätze der Sozial- und Geisteswissenschaften gewertet werden. Die Kritik lässt sich häufig in antifeministische Tendenzen einordnen. Antifeminismus – oder hier spezifischer: Antigenderismus – einen wesentlichen Bestandteil rechtsextremer und rechtspopulistischer, aber auch religiös-fundamentalistischer Ideologien. Dieser Antifeminismus geht zumeist mit Antisemitismus und Rassismus einher, wobei Gender Studies häufig als sogenannten „Gender-Wahn“, „Gender-Gaga“ oder auch „Gender-Ideologie“ verunglimpft werden. Vor dem Hintergrund des aktuellen globalen Rechtsruckes nehmen Tendenzen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu und auch die Ablehnung von Gender Studies fällt auf fruchtbaren Boden. So strich beispielsweise Ende 2018 Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán die Gender Studies aus der Liste der zugelassenen Studiengänge. Ressentiments gegen Gender Studies sind allerdings nicht nur anhand von Verboten wahrnehmbar, vielmehr werden sie auch in subtileren Strategien deutlich. So funktioniert Antigenderismus etwa als Verbindungsglied zwischen dem Rechtspopulismus und dem konservativen Lager der bürgerlichen Mitte, da der Einsatz für sexuelle Vielfalt oft gleichermaßen abwertend belächelt wird. Um ein Beispiel zu nennen: Vergangenes Jahr machte die derzeitige CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer Schlagzeilen, als sie sich im Rahmen einer Karnevalssitzung über All-Gender-Toiletten lustig machte - diese Äußerungen kommen denen diverser Rechtspopulist:innen sehr nahe.

Zur Situation in Hamburg – Schwächung der Gender Studies und Gegenwehr

Diese politischen Konfliktlinie um Gender Studies spiegelt sich auch in Hamburg wider: Das Zentrum für Gender & Diversity ist häufiger Gegenstand gesellschaftlicher und parlamentarischer Auseinandersetzungen, da sowohl feministisch-progressive als

auch konservative und rechte Stimmen Mitspracherecht auf die Wissensproduktion in Hamburg beanspruchen. Als Folge dessen blieb zwischen August 2019 und September 2020 die Leitungsstelle des Zentrums unbesetzt, wodurch wesentliche Tätigkeiten des Zentrums eingestellt werden mussten. Dieser Rückschlag reiht sich in eine allgemeine Schwächung des Wissenschaftszweigs der Gender- und Queer-Studies in Hamburg ein. So wurden beispielsweise in den letzten zehn Jahren 50% der Gender-Veranstaltungen hamburgweit eingestellt. Auch wurde der Master- und Nebenfachstudiengang Gender- und Queer-Studies, der einige Jahre lang bestand und großen Anklang fand, nicht fortgesetzt. Zu all diesen Kürzungen des Angebots erfolgte vonseiten der Politik und der Universität keine genaue Angabe von Gründen. Meist wurde mit Ressourcenknappheit argumentiert. Dazu kommt, dass viele Lehrveranstaltungen, die sich mit feministischen Theorien befassen, von den Hochschulen auf Lehraufträge ausgelagert worden sind. Im Kontrast zur klassisch wissenschaftlichen Anstellung hat dies für betreffende Lehrende ein unsicheres Arbeitsverhältnis, weniger Mittel zur Forschung & Publikation und meist weniger Lohn zur Folge. Diesen Strategien der Prekarisierung von Gender-Forschung sowie einer befürchteten inhaltlichen Neoliberalisierung in Wissenschaft und Lehre stellt sich in Hamburg das Aktionsbündnis Queering Academia entgegen. Das in seiner Zusammensetzung breit aufgestellte Bündnis setzt sich für vertiefte Gender- und Queer Studies in Hamburg ein und kämpft für das ZGD als Forschungseinrichtung. Beispielsweise kritisierte Queering Academia die lang andauernde Zurückhaltung der Uni bei der Nachbesetzung der Leitungsstelle des ZGDs. Das Bündnis fordert den Hamburger Senat auf, deren progressiven Vorstößen realpolitische Konsequenzen folgen zu lassen. Daher sollte die Verstetigung von Gender Studies im Lehr- und Forschungsbetrieb insbesondere in Zeiten grassierender menschenverachtender Ideologien im Fokus politischer Vorhaben stehen.

Im Rahmen einer Stellungnahme wurde außerdem die Befürchtung geäußert, dass der Fokus des ZGD weg von Forschung und hin zu Diversity-Management gelegt würde, wodurch das Zentrum weniger autonom gestaltet wäre und sich mehr an staatlichen Institutionen und Unternehmensbedürfnissen ausrichten würde. Der Begriff Diversity-Management wird überwiegend in Personalstrukturen von öffentlichen Institutionen oder in der privaten Wirtschaft verwendet. Dabei geht es vorrangig darum, die Unternehmenskultur zu verbessern und durch eine diverse Gestaltung von Kollegium und Arbeitsumfeld die Produktivität zu steigern. Insofern ist Diversity-Management Teil einer neoliberalen Verwertungslogik, in der häufig alle als marginalisiert markierten Gruppen auf eine Kategorie reduziert werden. Differenzen werden dabei gemanagt, anstatt sie zu thematisieren, zu erforschen und im Sinne von Gleichberechtigung strukturell zu verbessern. Die neu eingesetzte Leiterin hat sich allerdings bereits an ihrem ersten Arbeitstag mit dem Bündnis in Verbindung gesetzt und tritt überdies für eine breitere studentische Beteiligung bei der zukünftigen Gestaltung des Zentrums ein.

Aufgrund der gesellschaftlichen Konfliktlinien um Gleichberechtigung und Aufklärung ist es von großer Bedeutung, sich für die kritischen Gender- und Queer-Studies einzusetzen. Daher ermutigen wir alle Interessierten an den bereichernden Erfahrungen teilzuhaben, die das Zentrum für Gender & Diversity bereithält. Dazu zählen Veranstaltungen, beratende oder offene Gespräche, die Nutzung der Bibliothek oder auch das Lehrtableau, welches auf der Webseite des ZGD (<https://zgd-hamburg.de/>) zu finden ist. Auch möchten wir einladen, sich den Instagram-Account des Aktionsbündnisses Queering Academia (@queeringacademia) anzuschauen, informiert zu bleiben, sich mit ihm zu vernetzen oder Treffen zu besuchen. Die Folge „21: Queering Academia“ des Podcasts Gedanken einer Sexfluencerin eröffnet ebenfalls tiefere Einblicke in die Thematik. Das Aktionsbündnis und das Zentrum für Gender & Diversity freuen sich auch Euch!

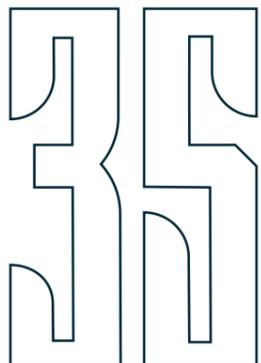
KRITIK AM HEGEMONIALEN QUEERFEMINISMUS

Rosi Luxus

Wenn ich mit meinen Freund:innen über Feminismus diskutiere, fällt besonders schnell auf, dass sich die Freund:innen, die sich erst an der Universität mit dem Thema Feminismus beschäftigt haben, fast ausschließlich der Denkschule des Queerfeminismus angeschlossen haben. Ich habe mich mal gefragt, warum das so ist, wo es doch verschiedene Denkschulen des Feminismus gibt. Erstmal ist aber anzuführen, dass es progressiv ist, dass sich die Gender- und Queerforschung überhaupt in den letzten Jahren so stark an Universitäten etabliert hat, weil dadurch Fragen von Patriarchat und Geschlecht in den Wissenschaften Platz gefunden haben und dies den gesamtgesellschaftlichen Diskurs über Geschlechterverhältnisse verändert hat.

Wenn man sich den Lehrplan von Gender-, Queer-, Geschlechter- oder Soziologiekursen anschaut, fällt auf, dass vor allem Theorien queerfeministischer Wissenschaftler:innen gelehrt werden. Über allem thront dabei die Philosophin Judith Butler. Im Folgenden soll keine ausführliche Auseinandersetzung mit dem Werk Butlers vorgenommen werden, sondern mit vielen derer, die sich auf sie beziehen. Verfechter:innen des Queerfeminismus, ob akademisch oder eher aktivistisch, vertreten eine politische Organisation, die maßgeblich von den Begriffen Butlers der Performanz, von Gender und Sex – also eine gleichsame Identitätsbildung anhand dieser zwei Kategorien – geprägt ist. Die verschiedenen Kategorien von sozialem und biologischem Geschlecht werden zu Identitäten. Es geht also nicht mehr um verbindende Momente der strukturellen Diskriminierung von als weiblich gelesenen Personen, bzw. Frauen durch das Patriarchat – sondern primär um die Stärkung der eigenen Identität. Meist wird dabei eine Identität gewählt, die ausdrücklich nicht der gesellschaftlichen Zuschreibung einer Frau entspricht. Diese Handlung folgt dieser Logik: Identifiziere ich mich nicht mehr als Frau, fühle ich mich durch Diskriminierung an Frauen nicht mehr betroffen. Schließlich generiert die Ablegung weiblicher Eigenschaften allgemeine Anerkennung. Dieser Rückzug in die eigene Identität ist ein sehr neoliberales Konzept. Jede:r zieht sich in seine oder ihre Komfortzone zurück, anstatt einfach komplett auf eine Benennung von Geschlecht oder Gender zu verzichten. Ein gesellschaftlicher Kampf um Gerechtigkeit bleibt deshalb aus.

Als Mittel des queerfeministischen Kampfes dient die Sprache. So gibt es mittlerweile viele verschiedene Arten zu gendern, um möglichst inklusiv zu sein und niemanden zu diskriminieren. Ohne Frage, Gendern ist eine super Sache, fraglich ist nur, warum es vielen Queerfeminist:innen so wichtig ist immer neue Identitäten zu erfinden und sich somit aber auch begrifflich wieder einzuengen. Falls sich Gesprächspartner:innen durch unsachgemäßen Sprachgebrauch verletzt fühlen, indem sie auf Grund von Bildung oder anderen Gründen nicht in der Lage sind Gender oder Sexualität richtig zu benennen, ist eine Diskussion häufig nicht mehr möglich. Der Versuch eine Gesellschaftskorrektur durch Sprache zu erreichen ist ein schöner Ansatz, greift aber vielfach zu kurz. Aus der Betroffenheit, mit der im Queerfeminismus häufig argumentiert wird, resultiert, dass den individuellen Gefühlen von FLINT ein sehr hoher Stellenwert innerhalb



einer gesellschaftlichen Analyse eingeräumt wird. Ohne Frage, Gefühle ernst zu nehmen ist wichtig und Gefühle prägen auch unsere politischen Einstellungen. Mit den Gefühlen individueller Menschen Politik zu machen, ist jedoch schlicht nicht möglich. Dann müsste man zum Beispiel auch die Ängste und Gefühle einer Abtreibungsgegnerin ernst nehmen. Das tun Feminist:innen jedoch nicht, da wir diese reaktionäre Forderung ablehnen. Und warum lehnen wir diese Forderung ab?! Weil wir ganz strömungsübergreifend eine Vorstellung von der Welt haben, in der alle Menschen emanzipiert leben dürfen. Dazu gehört auch, dass Frauen selbstbestimmt über ihren Körper entscheiden dürfen.

Im Queerfeminismus geht es somit (verkürzt) lediglich um die Kritik an der Betroffenheit von Individuen. Führen wir mal an einem Beispiel aus, was damit gemeint ist: Wenn ein Mann zu viel Raum in einer Diskussion einnimmt, würde er dafür berechtigterweise kritisiert werden. Aus einer materialistischen Perspektive macht es jedoch Sinn bei einer Kritik am individuellen Verhalten nicht stehen zu bleiben, sondern sich mit der Frage zu beschäftigen, warum viele Männer so viel mehr Raum einnehmen als Frauen. Man würde wahrscheinlich auf die Antwort stoßen, dass dieses Verhalten etwas mit der Sozialisierung in unserer Gesellschaft und der gesellschaftlichen Teilung in produktive und reproduktive Arbeit zu tun hat. Als produktive Arbeit wird Arbeit verstanden, die unmittelbaren Wert für den Kapitalismus generiert, also die Tätigkeit der klassischen Lohnarbeit. Mit reproduktiver Arbeit ist die Arbeit gemeint, die nötig ist, um die Arbeitskraft der produktiven Arbeit wiederherzustellen, also Kochen, Kindergebären, Kinder erziehen usw. Da Männer sich in der Konkurrenz der Lohnarbeit bewähren sollen, wird ihnen nahegelegt, im persönlichen Umgang, zum Beispiel in Diskussionen, entschiedener und Raum einnehmender aufzutreten. Aufgrund dessen ergibt sich aus einem materialistischen Ansatz eine Untrennbarkeit von kapitalistischer Produktionsweise und patriarchalem Geschlechterverhältnis. Es macht also durchaus Sinn, sich mit einer systemischen Analyse der materiellen Verhältnisse zu beschäftigen. Es gibt gesellschaftliche Verhältnisse, die es zu verändern gilt. Um diese erkennen zu können, braucht man jedoch insgesamt ein materialistisches Verständnis. Das lässt sich unter anderem gut mit einem Zitat von Karl Marx beschreiben: „Nicht das Bewusstsein bestimmt das Sein, sondern das Sein das Bewusstsein.“ Soll heißen, unsere Lebensumstände bestimmen unser Bewusstsein und diese Lebensumstände sind auch kollektiv erfahrbar und real. Eine solche Analyse hat aber zur Folge, dass die gesamten Produktionsverhältnisse verändert werden müssen, um gleichwertige Lebensbedingungen für alle zu erreichen und das Patriarchat abzuschaffen. Leider gilt der dialektische Materialismus an den meisten Universitäten als überholt. Grund dafür war, dass sich der Poststrukturalismus als vermeintlich „linke“ Alternative anbot, nachdem der Marxismus spätestens nach 1989 als diskreditiert galt. Der Aufstieg des Queerfeminismus, als Teil des Poststrukturalismus, erfolgte zeitgleich mit einer durchgeführten neoliberalen Bildungsreform. Es scheint also nicht verwunderlich, dass Studierende innerhalb der Bologna-Reform fast ausschließlich an poststrukturalistischen Theorien interessiert sind, wenn sie alternative Denkschulen überhaupt nicht kennenlernen und ihnen dadurch materialistische Denkmuster nahezu fremd sind. Diese sind jedoch notwendig, um den Feminismus mit all seine Facetten durchdenken zu können.

Es wäre deshalb progressiv und auch in einem wissenschaftlichen Interesse, sich gleichwertig auch mit Ansätzen und Theoretiker:innen wie Roswitha Scholz oder Silvia Federici zu beschäftigen.

Also liebe Feminist:innen, bleibt eurem Grundsatz des kritischen Hinterfragens treu und traut euch mal an andere feministische Literatur! Als einführende Werke empfehle ich „materializing feminism“, u.a. herausgegeben von Lisa Yashodhara Haller und „Feministisch Streiten“, u.a. herausgegeben von Koschka Linkerhand.



37

38

WARUM FLUGSCHAM & VEGANISMUS UNSERE PLANETEN NICHT RETTEN KÖNNEN

Fridays For Future Hamburg

„Fang doch erst mal bei dir selbst an!“. Diesen Satz hören Klimaaktivist:innen so häufig, dass es kaum noch mitzuzählen ist. Damit wird nicht nur impliziert, dass wir Schuld an der Klimakrise seien, sondern auch von uns erwartet, dass unser „ökologischer Fußabdruck“, also unser individueller Konsum, dem Ideal, einem klimaneutralen Leben, entsprechen muss. Dabei wird weitestgehend ignoriert, dass der „ökologische Fußabdruck“ eigentlich ein Begriff ist, der von der fossilen Industrie geprägt wurde, zur Ablenkung von ihrer Verantwortung, ihre angerichteten Schäden rückgängig zu machen. Wieso messen wir die Klimaschädlichkeit unseres individuellen Verhaltens an etwas, das von Akteuren wie der Kohlelobby in irreführenden Kampagnen in den allgemeinen Sprachgebrauch gebracht wurde? Nicht „perfekt“ zu sein, darf uns nicht davon abhalten, für eine gesellschaftliche Veränderung zu kämpfen!

Im Schnitt ist jede:r Deutsche pro Jahr für circa acht Tonnen CO₂ verantwortlich. Das, was von der Natur kompensiert wird, sind lediglich zwei Tonnen. Wichtiger als über die 9 Tonnen Differenz zu dem individuellen CO₂-Ausstoß zu reden ist sich klar zu machen, wer die Hauptverantwortlichen in dieser Krise sind. Denn während wir hier über unseren ökologischen Fußabdruck philosophieren, spüren Menschen am anderen Ende der Welt bereits die Kehrseite der zahlreichen klimapolitischen Fehlentscheidungen. Seit Jahren spüren Menschen im globalen Süden die gravierenden Folgen des Klimawandels in Form von immer stärker werdenden Fluten und Umweltkatastrophen und mit den Feuern in Kalifornien ist jetzt auch in der „westlichen Welt“ eindeutig zu spüren, dass die Zeit zu handeln schon vorgestern war.

Die Ursache dafür ist weniger, dass ein Individuum gestern Fleisch gegessen hat, sondern dass 100 Unternehmen für circa 71 Prozent der weltweiten Emissionen verantwortlich sind. Um das zu ändern, müssen wir uns kein veganes Kochbuch kaufen, sondern uns gemeinsam gegen unser zerstörerisches, menschenverachtendes politisches System auflehnen!

Damit die schlimmsten Folgen der Klimakrise verhindert werden können, müssen jetzt realpolitische Maßnahmen getroffen werden, die unsere Emissionen drastisch senken und innerhalb kürzester Zeit weltweit auf null bringen. Andernfalls könnten wir unter anderem durch die Überschreitung von Kipppunkten, wie dem Schmelzen des Permafrostes schon in wenigen Jahren auf einem Planeten leben, der sich von allein immer weiter erhitzt. Damit einhergehen würden Umweltkatastrophen, riesige Regionen, die durch Hitze und den Anstieg des Meeresspiegels unbewohnbar werden würden, und das zur Flucht zwingen von bis zu einer Milliarde Menschen.

In diese größte Krise unserer Zeit hineingeführt hat uns die Politik, die das Wachstum der Wirtschaft und das Motto „weiter, schneller, höher“ durchgängig über das Wohl von Mensch und Natur stellt. Dies ist zuletzt im Laufe der Corona-Krise sichtbar geworden. Anstatt darüber zu reden, wie wir eine ökologische Wirtschaft aufbauen und den Menschen im Gesundheitssektor helfen können, wurde zuerst bei großen Gipfeln darüber debattiert, wie man der Automobilbranche schnell aus der Krise verhelfen könne.

Dennoch hat die Politik in der Coronakrise gezeigt, dass es möglich ist, Krisen zu bekämpfen. Nun muss dies auch bei der Klimakrise passieren. Wir müssen unsere Welt und unsere Gesellschaft völlig neu denken. Dabei über den individuellen Konsum zu reden, ist nichts als eine Ablenkung von unserem eigentlichen Problem. Wir müssen unsere Gesellschaft vorantreiben, raus aus dem fossilen Zeitalter und in eine Welt, in der saubere Luft und gesunde Wälder überall selbstverständlich sind. Bei der Bekämpfung der Klimakrise dürfen wir nicht an Verbote denken. Wir müssen dabei eine Vision entwickeln von einer Welt, die wir lebenswert fänden. Eine, in der die Biodiversität gewährleistet ist, wo die Langlebigkeit von technischen Geräten nicht im Widerspruch zum Interesse der Produzierenden steht und in der unsere Energie aus sauberen Quellen kommt.

Das alles sind Zustände die unser Leben lebenswerter machen würden und nach denen wir streben sollten. Das sind aber auch Dinge, die wir uns leider angesichts des momentanen Politikversagens gemeinsam erkämpfen müssen. Aber diesem Kampf kann sich jede:r anschließen. Egal ob freitags auf der Straße, in der Kohlegrube bei Blockaden oder anderswo.

Momentan bedroht die Klimakrise absolut alles, was wir haben und sie wird alles verändern, wie wir es kennen. Trotzdem können wir gemeinsam eine Welt schaffen, in der wir in Gerechtigkeit und im Einklang mit der Natur zusammenleben.

39

40

EIN GEOLOGISCHER EXKURS ZUM KLIMAWANDEL

Atti

Die Erde erfährt durch unsere Anwesenheit gewaltige Veränderungen, das dürfte inzwischen den meisten bewusst sein. Die Temperatur und der Meeresspiegel steigen, Arten sterben aus, unsere Gletscher schmelzen, das Ozonloch wird immer größer und wir verbrauchen weiter fossile Rohstoffe, obwohl wir wissen, dass wir nicht mehr viel davon haben. „Positive Rückkopplung“ heißt die Systematik, in der verschiedene Faktoren eines Systems sich gegenseitig verstärken. Ein klassisches Beispiel ist die steigende Temperatur, die das Schmelzen der Polkappen, Gletscher und Eisschilde begünstigt und dadurch den Meeresspiegel ansteigen lässt. Weniger Eiskappen und ein steigender Meeresspiegel wiederum erleichtern es der Sonne, die Ozeane aufzuwärmen - in der Folge schmilzt darin befindliches Eis leichter und schneller.

Seit knapp zwei Jahren machen junge Menschen, unterbrochen nur vom Corona-Sommer, mit wöchentlichen Protesten und Demonstrationen auf die Dringlichkeit des menschengemachten Klimawandels aufmerksam. Dabei sollten wir uns bewusst machen, dass wir gerade erst die Folgen des menschlichen Handelns der vergangenen Jahrzehnte erleben. Selbst wenn wir unser Verhalten umgehend und radikal ändern, werden die Auswirkungen dieses Wandels erst Jahre später sichtbar. Die verschiedenen menschengemachten Veränderungen des Systems Erde sind ein komplexes Problem, das entsprechend komplexe Lösungsstrategien erfordert.

Von den bisherigen Ideen, die die Welt retten sollen

Elektro-Fahrzeuge und erneuerbare Energien wie Wind und Wasser sollen Fortschritt, unseren aktuellen Ressourcenverbrauch und die Endlichkeit bestimmter natürlicher Ressourcen in Einklang bringen. Doch für die Herstellung von Konsumgütern des modernen Lebens, z.B. E-Roller und Handys, werden immer noch seltene Erden verwendet und wir haben bislang keine Möglichkeiten, diese vollständig zu recyceln oder wiederzuverwenden.

Unbekannter hingegen sind Maßnahmen, die direkt in die Natur eingreifen, um die Folgen des Klimawandels einzudämmen: Zum Beispiel gibt es eine Technik, bei der Gletscher mit einer weißen Plane überdeckt werden, um Albedo – die Reflexion des Sonnenlichtes auf Oberflächen – zu erhöhen. Das soll das fortschreitende Abschmelzen verhindern. Bei großen Eiskappen, zum Beispiel in der Antarktis, wird dies jedoch kaum etwas nützen, da die Flächen zu riesig und unbegebar sind. Lediglich für kleine touristische Gletscher ist dieser Vorschlag eine Option. Auch weiß bemalte Bergspitzen könnten den Albedo-Effekt unterstützen. Diese Idee ist allerdings in mehrerlei Hinsicht gescheitert: Nicht nur ist die praktische Umsetzung viel zu aufwändig, auch die in Versuchen verwendete Farbe hielt der Witterung auf Dauer nicht stand.

Das sogenannte Geoengineering – also großräumige Eingriffe mit technischen Mitteln in geochemische Kreisläufe der Erde – verfolgt zwei Hauptansätze: die Verringerung der Sonneneinstrahlung (SRM: Solar Radiation Management) und das (temporäre) Speichern und Lagern von Treibhausgasen (CDR: Carbon Dioxide Removal).

Geoengineering eint vielschichtige Ideen und Ansätze. Überlegungen wie die Aufforstungen scheinen zunächst naheliegend. Das Pumpen von Schwefeldioxid in die Stratosphäre (inspiriert durch Temperaturabfall bei großen Vulkanausbrüchen) oder riesige Spiegel im All muten hingegen ungleich verrückter an. Allerdings ist nicht vorauszu-sehen, welche unerwünschten Nebenwirkungen solche Maßnahmen haben. Wir wissen noch viel zu wenig, um zu berechnen, ob derartige Projekte funktionieren könnten – oder am Ende alles noch schlimmer machen.

Seit dem Bericht des Weltklimarats (IPCC) 2018 ist man sich einig, dass ein Temperaturanstieg von 1,5°C bis zur Hälfte des Jahrhunderts verhindert werden muss. Dafür müssen unsere Treibhausgas-Emissionen bis 2050 auf null fallen – und zwar weltweit. Das Pariser Abkommen wurde mittlerweile von 189 Ländern ratifiziert. Nach aktuellem Stand wird kaum eines dieser Länder seine Ziele bis 2050 erreichen. Eine weiterhin stetig steigende Wirtschaftskraft wird zu einem Anstieg der Temperatur um 3 bis 5°C zum Ende des Jahrhunderts führen.

Die meisten aktuellen Pläne der Staaten sehen vor, weitere und überschüssige Treibhausgase mithilfe von Carbon Capture and Storage (CCS) aus der Atmosphäre zu ziehen. CCS, ebenfalls ein Projekt aus dem Bereich des Geoengineering, verspricht, CO₂ in Gestein zu lagern. CCS ist eine vielversprechende Übergangslösung, bisher allerdings noch weit davon entfernt, in den Größenordnungen zu funktionieren, die notwendig wären.

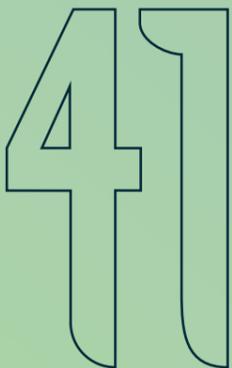
Was können wir tun?

Diese Lösungssuche beginnt in der Forschung, was hohe Investitionen in die Erforschung umweltfreundlicher Technologie notwendig macht. Um heutige Vorgänge erkennen zu können, müssen wir die Erdgeschichte verstehen und interdisziplinär arbeiten. Besonders über die Risiken und Möglichkeiten des Geoengineering muss mehr in Erfahrung gebracht werden.

Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt ist die Transformation des Energiesektors. In den meisten Ländern sind Industrie und Transport die größten Energieverbraucher. Kühlsysteme sind relevant, da digitale Daten, die jeden Tag größer werden und deren Anzahl exponentiell steigt, riesige Server benötigen, die wiederum riesige Kühlsysteme benötigen, die wiederum eine enorme Menge an Emissionen freisetzen. Industrie, Transport und Kühlsysteme müssen daher künftig emissionsfrei laufen.

Der Druck von sozialen Bewegungen wie Fridays for Future ist ein wichtiges politisches Mittel, um Fragen des menschengemachten Klimawandels und dessen Verhinderung in jeden Teil der Gesellschaft zu tragen und Veränderungen anzustoßen.

Eine erste Orientierung für unser globales und individuelles Verhalten, für die notwendigen politischen und wirtschaftlichen Transformationen kann das folgende Zitat von US-amerikanische Aktivist und Folk-Sänger Pete Seeger bieten, der treffend beschreibt: “If it can’t be reduced, reused, repaired, rebuilt, refurbished, refinished, resold, recycled or composted then it should be restricted, redesigned or removed from production.”



INTEGRATION ODER REVOLUTION

Anna Noemvri

STUDENTINNEN UND DIE FRAGE NACH DER GESELLSCHAFTLICHEN EMANZIPATION

Während der viel-gerühmten und stark verkitschten Studierendenbewegung 1968 forderten sie das System heraus. Die Studierenden rebellierten auf der Straße und gruben vergessene marxistische Theorien aus. Doch aus dem vermeintlich revolutionären Subjekt wurden später Ministerinnen und bürgerliche Systemstützen. Ist die Universität denn nun ein Hort der Revolution oder produziert sie zuverlässige Systemanhängerinnen? Leider sind nicht alle Antworten so unkompliziert und sexy, dass sie in ein kommunistisches Manifest passen. Die Revolte der Studierenden war kein neues Phänomen in den Sechziger Jahren. Immer wieder protestierten an modernen Universitäten Studierende gegen ihre Bedingungen an der Universität. Sie sahen in den Universitäten einen fehlerhaften Betrieb und hielten dem ein besseres, idealisiertes Bild entgegen. Bessere Bedingungen für ein Studium würden angeblich zu mehr Erkenntnis und schließlich dann auch zu einer besseren Gesellschaft führen. So lang die Geschichte der studentischen Kämpfe auch zurückreicht, nie kamen sie so in eine Position der Systemgefährdung. Das ist auch nicht verwunderlich, waren die Kämpfe doch hauptsächlich „primitiv-akademische“ Kämpfe, das heißt sie drehten sich allein um die universitäre Institution und ihre Reformen – weswegen sie auch in bürgerlichen Kreisen wunderbar anschlussfähig waren (deren Mitglieder ja meistens auch selbst studiert hatten und denen die Forderungen gar nicht so neu waren). In den Kämpfen wurde ja kaum hinterfragt, welche Rolle die Universität in der Gesellschaft spielte. Das trifft auch auf die Revolten um 1968 zu. Auch wenn es Ausnahmen gab, in ihrer Mehrzahl sprachen die Aktivistinnen aller Länder von einer idealen Hochschule, in der Kritik und Erkenntnis nun diesmal wirklich gelehrt werden sollten. Dennoch bleibt der studentische Protest ein Ort der Agitation. Denn verbunden mit proletarischen Massenbewegungen kann aus ihm ein transformatives Moment entstehen.

Die Negation der Verhältnisse ist gerechtfertigt!

Auch Veränderungen außerhalb des akademischen Bereichs sind im Interesse der Studentinnen. In den letzten Jahrzehnten haben sich die Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse so sehr verändert, dass die Rolle der Akademikerin nicht unberührt blieb. Durch die massive Technologisierung der Produktionsverhältnisse war das Studieren kein Garant mehr für eine mindestens kleinbürgerliche Stellung, sondern nun wurde das Studium auch für geringer entlohnte Lohnarbeit zur Notwendigkeit. Im postfordistischen Kapitalismus steigerte sich der Bedarf nach qualifizierten Arbeitskräften und eröffnete damit eine längere Ausbildung für seine Lohnarbeiterinnen. Die Eröffnung der Massenuniversitäten führte zu einer Abwertung der Abschlüsse, aus der unter anderem eine – bis heute anhaltende – Proletarisierung vieler Akademikerinnen folgte. Auch wenn Studentinnen als (zukünftige) Lohnarbeiterinnen immer wieder die Verhältnisse reproduzieren, die sie in ihre ökonomische Lage drängen, behalten sie doch eine Sonderstellung an der Universität. Als angehende Wissenschaftlerinnen wird von ihnen erwartet, die Gesellschaft analysieren und manchmal sogar kritisieren zu können. Ihnen

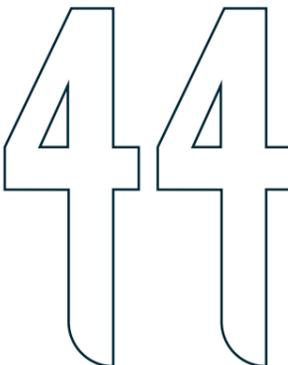
werden also für ihre Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt Zeit und Ressourcen in einem begrenzten Rahmen eingeräumt, um sich mit den Verhältnissen und der Kritik daran auseinanderzusetzen. An der Universität können Studentinnen also einen Raum finden, in welchem ihnen zeitliche und finanzielle Ressourcen zu Verfügung stehen, auch um sich mit Gesellschaftskritik und Theorie intensiver auseinander setzen zu können. Die historisch entwickelte relative Autonomie der universitären Strukturen eröffnet ihnen so auch Möglichkeiten. In der Institution Universität, die schon lange den historischen Anspruch hat sich selbst zu verwalten in strukturellem Aufbau, Titelverleihung und personeller Besetzung, war es fast schon selbstverständlich, dass sich Studierende ebenfalls organisierten und repräsentative Stellen einnahmen – wenn auch nie mit einem Recht auf Mitentscheidung. Diese Selbstverwaltung eröffnete Möglichkeiten zur Er kämpfung von Freiräumen und linker Politisierung von ASten oder Fachschaftsräten. Hier konnten sich Studierende treffen und organisieren. Vor allem seit den 60ern Jahren konnten sich linke Gruppen so Öffentlichkeit für Kritik, Agitation und Selbststudium sichern. Vor diesem Hintergrund können sich auch heutige Studierende, ihre wenig rosige Zukunft als Lohnarbeiterinnen vor Augen, mit den systematischen Widersprüchen konfrontieren und emanzipatorische, anti-systemische Gedanken entwickeln.

Die Studentin hat alles zu verlieren

Die Chance zur Radikalisierung, welche die universitäre Ausbildung bringen könnte, wird jedoch immer wieder ausgeglichen durch mehrfache Re-Integrationsmechanismen in die verstockte Gesellschaft. Die Studierenden werden durch verschiedene Ebenen an ihre bürgerliche Unterwerfung gebunden: auf ideologische, kulturelle und materielle Weise wird ihnen der Friedensschluss mit den Verhältnissen nahegelegt. Diese geistige Umarmung der Verhältnisse ist für den Kapitalismus wichtig, weil die Studentinnen durch ihre kulturellen und technischen Leistungen das System ideologisch stützen sollen und die Profitgenerierung schneller und effizienter gestalten können.

So wird der Studentin vorgegaukelt, mit dem Abschluss ein Recht auf eine besondere gesellschaftliche Stellung zu haben. Sie sei Teil einer Elite, wird ihr gesagt, sie sei etwas Besseres. Der ideologische Komfort übertüncht Ängste um die eigene ökonomische Existenz. Aber tatsächlich hatte einst, vor dem Technologisierungsschub in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts der universitäre Abschluss eine beträchtliche Bedeutung. Weil noch weniger Menschen als heute studieren durften, wurde ihm einiges zugemessen. Die trauernde Erinnerung an die einstige gesellschaftliche Relevanz der wissenschaftlichen Stellung vor ihrer Proletarisierung lässt die Studentin an einer konservativen Systemkonformität hängen. Diese Glorifizierung des gesellschaftlichen Beitrags von Geisteswissenschaften tritt auch bei vermeintlich linken Studierenden auf, die die Uni der reinen Profitorientierung entziehen wollen. Dabei verkennen sie den historischen Zweck der Universität im kapitalistischen System; und wie der studentische Aktivist Hans-Jürgen Krahl Ende der 60er Jahre ausführte, sind Enteignungsangst und Geschichtslosigkeit eben doch Elemente des Kleinbürgertums.

Die soziale Herkunft (der Gang zur Uni bleibt eben doch häufig eine Frage des Geldbeutels der Eltern) und das Milieu binden die Studentin vielfach an kleinbürgerliche



Ideologien – machen sie zu einer loyalen Stütze des Systems. Die Studentin existiert dabei nicht nur im Verhältnis zur kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch im Verhältnis zur institutionalisierten Wissenschaft, der Universität. Hier Objektivität zugeschrieben zu bekommen, heißt nicht, so nah wie möglich an verifizierbare Fakten zu gelangen, sondern sich der vorgeschriebenen Form zu unterwerfen, wie der US-amerikanische Philosoph William James ausführt. Er kritisierte bereits 1903, dass Wissenschaft sich immer weniger um die inhaltliche Auseinandersetzung drehe, sondern Gelehrsamkeit vielmehr nur durch Form und Stil ausgedrückt werden. Wissenschaftlich ist damit nicht der Inhalt der Arbeit, sondern ihre Aufmachung und der akademische Hintergrund der Autorin und ihrer Institution. Diejenigen, die sich an den Grenzen der Formvorgabe bewegen oder als „zu parteiisch“ deklariert werden, verlieren ihren Anspruch in der wissenschaftlichen Debatte respektiert zu werden (davon gibt es wenige Ausnahmen, wie Klaus Theweleits Männerphantasien). Die akademische Freiheit der Universität heißt eben nicht, dass alle Ansichten berechtigt sind, sondern sie bedeutet auch, auszuschließen und zu zensieren. Infolge dessen hat sich die Studentin anzupassen und der herrschenden Form der Wissensproduktion zu unterwerfen oder sie wird aus der Universität gedrängt. Prüfungen sind eine Form der Aussortierung, nur wer am Ende bitte nicht zu sehr kritisiert, hat vielleicht Glück auf einen guten Abschluss und dann vielleicht Glück auf einen guten Job.

Genau das ist eines der schlagenden Argumente: Die Studentin wird mit ihrem alten Ruf gelockt und mit der Möglichkeit aufzusteigen. Das Studium eröffnet ihr eine Chance (nicht Garantie!) auf Karriere. Eine Chance, die durch linken Aktivismus ruiniert wird, wenn sie etwas Beständigeres ist als eine kurze Lifestyle-Phase. Die Sortierung, die Karrieremöglichkeiten, die Eingliederung in die Gesellschaft – das sind nicht nur Dinge, die den armen Studierenden einfach so passieren, vielmehr ist das ein Prozess im Studium, an dem sie bereitwillig teilnehmen – und das auch trotz der Verschlechterung ihrer Lage. Als Herbert Marcuse das Verhältnis der US-amerikanischen Bevölkerung zu ihrem Gesellschaftssystem Anfang der 60er Jahre betrachtete, fiel ihm auf, dass die amerikanischen Arbeiter:innen mit zunehmenden Schwierigkeiten und Widersprüchen konfrontiert waren. Die US-Amerikanerinnen nahmen das jedoch nicht zum Anlass, sich zu radikalieren, sondern banden sich noch enger an die Regierung. Ähnlich handeln auch jetzt die Studentinnen: die Situation wird schwieriger auszuhandeln, aber statt Kritik zu entwickeln, binden sie sich an die kulturelle, materielle und ideologische Integration, um sich selbst vor Verlust und Chaos zu bewahren. Frei nach Marcuse werden „Indoktrination, Manipulation und das Management der Psyche [...] auch zu Ausdrucksmechanismen der Wünsche und Interessen“ der ideologisierten Studierenden.

Exit Bürgertum: Kritik ihrer Wissenschaft

Die Studentin findet sich also in einer widersprüchlichen Lage. Zum einen erfährt sie durch ihre eigene Proletarisierung den klassischen Widerspruch der Lohnarbeiterin: sie reproduziert die ökonomischen Verhältnisse, die sie ausbeuten. Andererseits werden explizit Methoden zur Analyse und Kritik in ihre Ausbildung eingebettet. Zukünftige Akademiker:innen müssen nicht einmal Teil der bürgerlichen Klasse sein, durch ihr technologisches oder kulturelles Wissen helfen sie dennoch als Lohnarbeiter:innen, die herrschenden Verhältnisse zu zementieren. Als Intellektuelle wird es der Studentin erleichtert, das System theoretisch zu erfassen und die Notwendigkeit seiner Abschaffung zu erkennen – und dennoch soll sie helfen, dieses System noch etwas länger schleppend aufrechtzuerhalten.

Aber dieser Widerspruch zwischen systemstützender Arbeitskraft und Befähigung zur umfassenden Kritik sollte nicht überhöht werden, kommt doch nur ein Bruchteil aller Studierenden überhaupt in den Kontakt mit einer radikalen Gesellschaftskritik. Marcuse beschreibt zwei Tendenzen in der kapitalistischen Gesellschaft: einerseits die Tendenz, aus den Verhältnissen heraus ihre Abschaffung zu entwickeln; andererseits die im Moment überwiegende Tendenz, dass das System so stabil ist, jede wirkliche Änderung

unterbinden zu können. Das Wissen um Transformation wird soweit zurückgedrängt, dass es die Studentin kaum noch erreicht. Die oben beschriebene Integration in die Verhältnisse läuft so reibungslos und effektiv, dass die Studentin nicht einmal aus der Radikalität zurückgeholt werden muss. Es ist ihr ein selbstverständliches Bedürfnis im heimatlichen Hort der Unterwerfung zu verbleiben, die Frage nach radikaler Systemkritik stellt sich den meisten nicht einmal. Wie erläutert ist der Zweck der universitären Wissenschaft die Profitmehrung und ideologische Stabilisierung. Denn die Institution Universität hat keine neutrale Rolle im gesellschaftlichen Gefüge, sondern bleibt ein Instrument der Klassenherrschaft. Die Wissenschaft dient den objektiven Bedürfnissen der bürgerlichen Gesellschaft (was die Erkenntnisse nicht unbedingt falsch macht, aber jegliche Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit wirklichen gesellschaftlichen Alternativen ausschließt). Die Studentin reproduziert die bürgerliche Ideologie und ihre Herrschaft, ohne Teil daran haben zu können. Die Bedingungen der transzendierenden Kritik werden ausgeschaltet. Der Weg der Studentin aus dieser trostlosen Perspektive führt über die Ablehnung der bürgerlichen Wissenschaft und der Reflexion über die Rolle, die sie in der Gesellschaft spielt. So verabschiedet die Studentin sich von den „Aufstiegsmöglichkeiten“, die ihr versprochen werden. Denn kein Master of Arts wird sie von dem ökonomischen Elend erlösen können. Sie verabschiedet sich auch von der Vorstellung einer elitären geistigen Arbeit, die sie besserstelle als andere Lohnarbeiterinnen. Denn, wie Krahl einst erläuterte, „die Vernichtung des traditionellen Kulturbewusstseins [eröffnet] überhaupt erst die Möglichkeit proletarischer Reflexionsprozesse.“ Dabei bleibt die Studentin eine seltsame Figur der kleinbürgerlichen Proletarierin, aber als revolutionäres Subjekt sollte man keine Hoffnungen in sie setzen. Zugleich sollte man ihnen revolutionäres Potenzial auch nicht völlig absprechen. Was letztlich zählt, ist die Verweigerung der Affirmation bürgerlicher Wissenschaft, ohne sich jedoch zu erlauben dabei in Antiintellektualismus zu verfallen. Was Lenin 1908 ausführte, dass die Radikalität der Studierenden begrüßenswert ist, gilt heute immer noch. Bei der bloßen Existenz von Radikalität darf man nur nie stehen bleiben. Es zählt ihre Organisation und ihre ernsthafte, tiefgreifende Auseinandersetzung mit radikaler Gesellschaftskritik. Erst dann führt ihr gemeinsamer Kampf mit einer proletarischen Massenbewegung zum Umsturz.

KOLUMNE: ARBEIT UND KULTUR

Tosca und Anton

Arme Papageien

Es ist ein Allgemeinplatz linker Analyse und Theorie, dass Kultur immer eine politische Dimension hat. Im Folgenden möchten wir uns ein Stück dieser (Pop-)Kultur genauer ansehen, um über dessen gesellschaftspolitische und ästhetische Implikationen kritisch zu reflektieren und wild drauf los zu assoziieren (angehende Geisteswissenschaftler eben...): Für diesen Beitrag haben wir uns, Anton und Tosca, getroffen und die erste Episode von „Die Drei ???“ angehört. Die Hörspielreihe, die seit Ende der 1970er produziert wird, erfreut sich sowohl bei Kindern und Jugendlichen als auch bei Erwachsenen großer Beliebtheit. Wie viel das mit Nostalgie zu tun hat, ist fraglich. Während das Hörspiel Anton noch aus seiner Kindheit in Erinnerung ist, beschäftigt sich Tosca zum ersten Mal mit den Geschichten um Justus, Peter und Bob. Dementsprechend kann sie sich dem Thema aus einer distanzierteren Perspektive widmen, während Anton, ganz Vatermörder, seine Kindheitshelden einfach nur brennen sehen will.

In dem ersten Drei ??? Hörspiel, das den Namen „Der Super-Papagei“ trägt, werden die Protagonisten Justus Jonas, Peter Shaw und Bob Andrews damit beauftragt einen verschwundenen Papageien zu finden. Ein MacGuffin, wie sich im Verlauf der Folge herausstellt, da es noch eine Reihe weitere Papageien gibt, die als lebende Schatzkarte zu einem verschwundenen Gemälde führen sollen. Doch natürlich sind Justus, Peter und Bob nicht die einzigen, die versuchen den Schatz mithilfe der Papageien zu bergen und treffen schnell auf Gegenspieler. Im Laufe ihrer Ermittlungen geraten sie mehrmals mit dem skrupellosen Eigentümer des Gemäldes Mr. Claudius aneinander und schließlich kommt sogar ihr zukünftiger Erzrivale Victor Hugenay zu seinem ersten Auftritt.

Erste Impressionen

Beim ersten Hören der Folge schrieb ich mir, Tosca, bei der Charakterisierung der Jungen „nervig“ auf. In großen Teilen der Erzählung erinnern sie an junge Prinzen oder Adlige, an Kinder, die in einen Anzug gesteckt werden und sich gut benehmen müssen, etwa wenn sie dem Chauffeur ganz selbstverständlich Anweisungen geben oder Latein aus dem Stehgreif übersetzen – irgendwie unangenehm. Der eine Aspekt, dass Kinder superklug und superbelesen sind, scheint ein einleuchtender Charakterzug für Figuren der Kinder- und Jugendliteratur zu sein. So können den jungen Lesenden subtil, auf suggerierter Augenhöhe neue Information vermittelt werden. Aber warum mögen Erwachsene diese altklugen Kinder? Schließlich geht so jeder Spaß am Eskapismus in eine kindliche Welt ohne viel Verantwortung und der Freiheit, bestimmten sozialen Konventionen und Sachzwängen noch nicht gehorchen zu müssen, verloren. Warum hören sich Erwachsene Geschichten von erwachsenen Jugendlichen anstatt von jugendlich gebliebenen oder erwachsenen Erwachsenen an? Woher kommt die seltsame Faszination für adrette Kinder ohne Kindlichkeit beziehungsweise Jugendlichen ohne Jugendlichkeit?

Die fragwürdigen Prioritäten der Drei ??? und der toxische Claudius

Trotz der merkwürdigen Charakterisierung der Hauptfiguren beginnt der Plot vielversprechend: Justus und Peter hören einen Hilferuf und noch bevor sie, die sich offenbar in Not befindende Person suchen, stellt Peter die Frage, ob der Hilferuf von einem Mann oder einer Frau getätigt worden sei. Justus weist ihn darauf hin, dass neben Männern und Frauen durchaus noch weitere mögliche Urheber:innen des Hilferufes in Frage kämen und schafft so gleich zu Beginn des über 40 Jahre alten Hörspiels so etwas wie einen queeren Moment. Die Autor:innen der Folge wollten hier wohl auf die titelgebenden Papageien anspielen, doch der am politisch korrekten Diskurs geschulten Hörerin wird der Isomorphismus von Justus Denkweise und dem (post-)modernen Anspruch die gesellschaftliche Realität medial abzubilden nicht entgehen. Das in diesem kurzen Dialog liegende Potential wird - wenig überraschend - nicht weiter ausgeschöpft und die Identität der rufenden Figur spielt keine Rolle für den Verlauf der Handlung. Stattdessen taucht Mr. Claudius auf, der über weite Teile der Folge als Antagonist fungiert. „Der dicke Mann“, wie Claudius über weite Teile der Folge bezeichnet wird, ist auf der Suche nach den Papageien, die ihm das Versteck des Gemäldes preisgeben sollen.

Zu diesem Zweck geht er zwar nicht über Leichen, doch stiftet seine Frau gegen ihren Willen zu Drohanrufen bei den Drei ??? an, nimmt einen Mann gefangen und greift einen Herzkranken tötlich an. Trotzdem arbeiten Justus, Peter und Bob ohne Bedenken mit ihm zusammen sobald sie erfahren haben, dass der gesuchte Schatz, ein Bild ist, dass Mr. Claudius vor einiger Zeit gestohlen wurde. Als dieser per Urkunde nachweist, dass ihm das Bild tatsächlich rechtmäßig gehört, sind alle zuvor durch ihn begangenen Übergriffe vergessen. Auch Mrs. Claudius entschuldigt ihren Mann. Sie erwähnt, dass er manchmal „ein wenig grob“ sei und deutet an, dass sie erfolglos versucht hat ihn zu einem weniger brutalen Vorgehen zu bewegen. Die Vermutung, dass es nicht das erste Mal ist, dass Mr. Claudius zu Gewalt greift, um seine Ziele zu erreichen liegt nahe. Ob sich diese in häuslicher Form auch schon gegen Mrs. Claudius gewendet hat, wird weder explizit angesprochen noch bewusst negiert. Wieso auch? Schließlich war es in der Bundesrepublik der 70er Jahre nicht verboten seine Ehefrau zu vergewaltigen. Sie zu einem Drohanruf bei Kindern zu nötigen erscheint dagegen wie ein Kavaliersdelikt. Es stellt sich also heraus, dass es mit Justus Jonas Aussage, dass die Drei ??? ermitteln, weil sie an der „Wahrheit“ interessiert seien, nicht besonders weit her sein kann. Zwar geben sie das am Ende erhaltene Geld an den prekär lebenden Carlos und seinen Onkel, der von Mr. Claudius angegriffen wurde, doch dreht sich ihr aufklärerisches Interesse nicht um den Tathergang körperlicher Übergriffe, sondern lediglich um das zurückholen materieller Gegenstände und deren Überführung an den Eigentümer.

Gute Kapitalanlagen

Interessant an dem gestohlenen Gemälde ist, dass es nicht interessant ist: Das Motiv sowie der künstlerische, kulturelle, historische oder sentimentale Wert sind unerheblich in der Detektivgeschichte. Stattdessen wird die Kunst auf das reduziert, was sie letztlich auch ist - Eigentum, eine Kapitalanlage des Mr. Claudius. Im Grunde hätte Claudius auch Bargeld, Apple-Aktien oder Goldbaren gestohlen werden können. Aber es war

41

48

nun mal ein Gemälde; irgendwie scheint ein gestohlenen Gemälde als Motiv auch charmanter, kultivierter und geheimnisvoller.

Die Moral der Geschichte: Stehlen ist falsch! Wer versucht sich den Besitz eines anderen anzueignen, der schaut am Ende in die Röhre. Das gilt in der kapitalistischen Realität ebenso wie für Kunstdiebe aus dem fiktiven Rocky Beach des Drei ???-Universums. In Kombination mit einer vollständigen Ausblendung für die soziale Situation, die Diebe erst zu solchen macht, agieren die drei im Grunde wie Ladendetektive. Sie vermitteln ein Gerechtigkeitsverständnis, das von dem Gedanken ausgeht, dass die Dinge in der Gesellschaft im Grunde schon am richtigen Platz seien. Wie ein Freizeitpark wird Rocky Beach in thematische Abteilungen gegliedert. Es gibt den Schrottplatz, den Friedhof und eine klare räumliche Trennung von armen und reichen Vierteln. In jedem abgesteckten Bereich wartet ein neues Abenteuer, das für drei weiße reiche Jungen mit Rolls Royce letztlich harmlos ist, doch in dem die stets hilfreichen Bewohner:innen, ihren prekären Schicksalen überlassen werden. Gut ist, wenn alles bleibt wie und vor allem wo es ist, Verbrechen ist nur, wenn sich etwas verändert, außer du bezahlst dafür. Am Ende gibt es Almosen für die Armen.

Unbekannte, ungelöste Klassenkämpfe und maskuline Vorkommnisse.

Nicht unerwähnt sollen die rassistischen und klassistischen Stereotype bleiben: Begegnen die Drei ??? doch mal Personen ohne materiellen Besitz, wie dem jungen Carlos und seinem Onkel, dann sprechen diese mit starken Akzenten und haben keinen größeren Wunsch als einmal mit einem goldenen Rolls-Royce zu fahren. Der aus Frankreich stammende Kunstlieb Victor Huguenay dagegen spricht völlig ohne Akzent. Schließlich ist er ein weißer, gebildeter Europäer.

Auch andere Nebenfiguren wie der Frau von Claudius wird in der Geschichte nicht viel zugestanden. Justus, Peter und Bob agieren scheinbar im luftleeren Raum, in dem Einzelschicksale keine Rolle spielen, und Geld nur als Tatmotiv relevant ist. Das gipfelt in einer perfiden Täter-Opfer-Umkehr. Die Drei ??? arbeiten mit dem gewalttätigen Mr. Claudius zusammen und sehen in ihm das eigentliche Opfer des Falles. So bleiben die Verbrechen, die er begeht, unaufgeklärt. Justus, Peter und Bob verhalten sich wie Freunde von übergriffigen Personen, die deren Verhalten zwar nicht gutheißen, aber davon absehen die Täter:innen zu konfrontieren. Schließlich hat Mr. Claudius jeden Grund wütend zu sein und ist doch eigentlich ein gutherziger Kerl. Nicht wahr? Es ist keine Überraschung, dass ein Kinderhörspiel eher selten brutale Mordfälle oder Missbräuche verhandelt. Doch etwas mehr Sensibilität in Bezug auf Gewalterfahrungen und Verteilungsgerechtigkeit sollte Jungen, die außerhalb binärgeschlechtlicher Kategorien denken und Latein sprechen, eigentlich zugestanden sein.

Es bleibt zu wünschen, dass die Fälle der Drei ??? in Zukunft ohne rassistische Darstellung von Akzenten auskommen, die Motive ihrer Auftraggeber:innen hinterfragen und nicht permanent den Eindruck erwecken, das Leben der handelnden Nebenfiguren ginge sie gar nichts an. Bis dahin muss, wer sich eine kritische Auseinandersetzung mit Autoritäten wünscht, Bibi Blocksberg hören.

